

# Darmstadt für Alle!

Programm zur Kommunalwahl 2016

***DIE LINKE.***

Kreisverband Darmstadt

# Inhalt

Einführung	
Darmstadt – eine lebenswerte Stadt für Alle	4
Kapitel I – Sozial- und Beschäftigungspolitik	
Für soziale Gerechtigkeit und gute Arbeit	5
Darmstadt – sozial und solidarisch	5
Hartz IV die Zähne zeigen	6
Darmstadt braucht gute Arbeit	8
Wohnungslosigkeit und Zwangsräumungen verhindern!	9
Kapitel II Integration und Teilhabe	
Solidarität statt Ausgrenzung	10
Gegen Rassismus – Geflüchtete willkommen heißen	10
Integration ist keine Einbahnstraße	11
Darmstadt barrierefrei und inklusiv	12
Freiheit für alle Lebensweisen!	13
Drogen entkriminalisieren, Drogenhilfe erhalten	14
Kapitel III – Wohnungspolitik	
Wohnen – ein Grundrecht und keine Ware!	15
Für den sozialen Wohnungsbau!	15
Sozialgerechte Bodennutzung auch in Darmstadt	16
Die Bauverein AG in die Pflicht nehmen	17
Raum für alternative Wohnformen	18
Kapitel IV – Daseinsvorsorge/Stadtwirtschaft	
Öffentliches Eigentum stärken	19
Rekommunalisierung statt Privatisierung	19
Den Stadtkonzern resozialisieren!	20
Öffentlich-Private Partnerschaft nützt nur den Investoren	21
Für eine gute öffentliche Gesundheitsversorgung	21
Kapitel V – Jugend, Familien und Seniorenpolitik / Bildung und Freizeit	
Gute Bildung und Raum zur Selbstverwirklichung!	23
Krippe, Kita, Kinderhort: Für Bildungsgerechtigkeit von Anfang an	23
Kommunale Schulpolitik ist mehr als Immobilienmanagement	25
Ausbildung und Übernahme – Die Stadt muss Vorbild sein	27
Raum für Freizeitgestaltung und Engagement	27
Wohnortnahe Strukturen für Seniorinnen und Senioren	28
Sport ist Pflicht!	30

Kapitel VI – Geschlechterpolitik	
<b>Frauen und Männer sind gleichberechtigt</b>	<b>31</b>
Einkommensgerechtigkeit schaffen - Aufwerten jetzt!	31
Unterstützung für Frauen und Mädchen	32
Kapitel VII – Kulturpolitik	
<b>Kultur für Alle!</b>	<b>33</b>
Freie Kultur fördern!	33
Gute Arbeit und Mitbestimmung für Kulturschaffende	35
Kapitel VIII – Stadtentwicklung, Umwelt und Verkehrsplanung	
<b>Ökologische Stadtentwicklung und zukunftsfeste Verkehrsplanung</b>	<b>35</b>
Lebensqualität statt Wachstum auf Teufel komm raus!	35
Darmstadt – Stadt der Gärten und Parks	36
Keine Planung über die Köpfe der Menschen hinweg	38
Verkehrswende für Darmstadt	39
Kapitel IX – Demokratie und Gesellschaftspolitik	
<b>Mitbestimmung und Transparenz für Darmstadt</b>	<b>44</b>
Demokratie lebt von Mitgestaltung	44
Vertrauen ist gut – informiert sein ist besser	44
Gemeinsam werden große Dinge leichter bewegt	45
Demokratische Mitbestimmung auch ohne deutschen Pass	46
Freiheitsrechte sichern und öffentliche Räume erhalten	47
Gegen neue und alte Nazis	48
Kapitel X – Haushalt und kommunale Finanzen	
<b>Genug gekürzt – Kommunen sind systemrelevant!</b>	<b>49</b>
Nach der Krise ist vor der Krise	49
Die Steuerpolitik gefährdet die kommunale Selbstbestimmung	49
Gewerbsteuer erhöhen und Haushalt sozialer gestalten!	51

# Darmstadt – eine lebenswerte Stadt für Alle

Eine lebenswerte Stadt bietet allen Einwohnerinnen und Einwohnern guten Wohnraum zu erschwinglichen Mieten, gebührenfreie und qualifizierte Kinderbetreuung, gute Schulen, humane Pflege und Betreuung für alte Menschen, preiswerten öffentlichen Nahverkehr, mehr direkte Demokratie, transparente Politik und Verwaltung, ein vielfältiges Kulturangebot für Alle, ein breites Angebot an kostengünstigen Freizeiteinrichtungen, gepflegte Parks, sichere Radverkehrsnetze und intakte Straßen. Sie heißt Geflüchtete willkommen. In ihr haben alle Menschen am gesellschaftlichen Leben teil.

Doch im Kapitalismus stehen nicht die Menschen und ihre Bedürfnisse im Vordergrund, sondern die Maximierung des Profits, also das Interesse Einzelner. Dieses Gesellschaftssystem dient weder der Friedenssicherung noch dem Schutz der Umwelt. Der globale Hunger wird nicht bekämpft, sondern die Schere zwischen arm und reich öffnet sich weltweit, aber auch in Deutschland, immer mehr. In diesem System bestimmt der Wettbewerb, nicht gemeinsames solidarisches Wirtschaften. Die Menschen können nicht entscheiden, wie produziert und wie die Arbeit verteilt wird. Vielmehr sind sie von Arbeitslosigkeit bedroht und viele haben eine unsichere Zukunft.

Wir stellen dem Kapitalismus die Idee des demokratischen Sozialismus entgegen. Wir wollen eine Gesellschaft ohne Armut, in der alle in Frieden, Würde und sozialer Sicherheit leben können. Aber auch unter den gegebenen Verhältnissen kämpft DIE LINKE dafür, die Lebensbedingungen der Menschen zu verbessern. Vor Ort, in unserer Stadt, wollen wir dafür eintreten, dass niemand zurückgelassen wird, dass alle Menschen ein gutes Leben führen können. Mensch und Umwelt vor Profit, dafür steht DIE LINKE. Dafür treten wir auch bei der Kommunalwahl an.

Die Darmstädter Politik hat in den letzten Jahrzehnten eine andere Richtung eingeschlagen. Sozialkürzungen, Preissteigerungen der öffentlichen Dienstleistungen, Abbau demokratischer Kontrolle und unsinnige Großprojekte standen auf der Tagesordnung. Der Lebensstandard für breite Teile der Bevölkerung ist gefallen, und die Armut wächst immer weiter. Wir treten an, um diese Entwicklung umzukehren – im gesamten Land wie auch hier in der Kommune.

Die finanzielle Austrocknung der Kommunen stellt die Erbringung vieler wichtiger Freiwilliger Leistungen der Stadt und damit die kommunale Selbstverwaltung in Frage. Dieses Problem kann auf der lokalen Ebene nicht gelöst werden. Bund und Länder haben durch ihre Steuerpolitik die Kassen der Städte und Gemeinden geplündert. Es ist das Gebot der Stunde, Druck zu machen für die angemessene Finanzierung und für die Entschuldung der Kommunen. Um die öffentliche Verschuldung zu stoppen, brauchen wir eine Verbesserung der öffentlichen Einnahmen. Die Aushöhlung der kommunalen Selbstverwaltung würde durch die sogenannten Freihandelsabkommen TTIP, CETA und TiSA vorangetrieben und verschärft. Wir kämpfen im lokalen Bündnis gegen deren Zustandekommen.

Für DIE LINKE in Darmstadt gelten „rote Haltelinien“. Wir werden nach der Wahl keine Stadtregierung unterstützen, die diese überschreitet. Wir beteiligen uns nicht an

- weiterem Sozialabbau.
- Arbeitsplatzabbau im Öffentlichen Dienst.
- Privatisierung der Daseinsvorsorge, insbesondere der Schulen, der Kindergärten und des Klinikums Darmstadt, oder an der Finanzierung von Projekten durch Öffentlich-Private Partnerschaften (ÖPP).

Ein besseres Darmstadt ist möglich! Doch alleine als Parlamentsfraktion können wir dieses Ziel nicht erreichen. Die Betroffenen müssen sich für die Durchsetzung ihrer Interessen auch selbst einsetzen. Wir suchen deshalb die Zusammenarbeit mit allen Menschen, die mit uns für Frieden, Demokratie und soziale Gerechtigkeit kämpfen wollen.

## Für soziale Gerechtigkeit und gute Arbeit

### Darmstadt – sozial und solidarisch

Armut ist Bestandteil jeder kapitalistischen Gesellschaft. Der wachsende Reichtum der Einen ist Ursache für die wachsende Armut der Anderen. Auch wenn man vordergründig individuelle Fehler für die Notlage eines einzelnen Menschen finden kann, liegt der tiefere Hintergrund für die weiter zunehmende Armut in Deutschland in der immer rücksichtsloseren Durchsetzung des Konkurrenzprinzips. Die Funktionsweise des Wirtschaftssystems treibt die Menschen auseinander. Wir wollen vor Ort, in den Kommunen und Stadtteilen, dafür sorgen, dass auch Menschen mit geringem Einkommen am gesellschaftlichen Leben teilhaben können und respektvoll behandelt werden. Und wir kämpfen dafür, dass gesellschaftlicher Reichtum von oben nach unten umverteilt wird.

Sozialpolitik in der Kommune ist für uns mehr als Notfallhilfe und Abarbeitung der „Pflichtleistungen“. Es geht um die gleichberechtigte Teilhabe Aller, unabhängig von Alter, Geschlecht oder Herkunft am Leben in der Gemeinschaft. Die soziale Ungerechtigkeit der verfehlten Steuer-, Arbeitsmarkt-, Sozial- und Gesellschaftspolitik der verschiedenen Bundesregierungen lassen sich nicht in einer einzelnen Kommune aufheben. Doch wir können auch vor Ort die Lage der sozial Benachteiligten verbessern: Durch eine soziale Preisgestaltung bei den städtischen Einrichtungen und Versorgungsunternehmen, durch die Förderung der Gemeinwesenarbeit in den Stadtteilen, durch Vergünstigungen bei Mobilität, Kultur, Sport- und Freizeitangeboten. Den Kampf gegen Ausgrenzung und Entwürdigung erwerbsloser und armer Menschen, insbesondere bei Schikanen durch Behörden und öffentliche Einrichtungen, wollen wir zusammen mit den Betroffenen aufnehmen.

Mobilität ist ein wesentlicher Bestandteil von Lebensqualität. DIE LINKE fordert seit langem ein Sozialticket für Menschen mit geringem Einkommen. Dieses würde einen Anspruch auf 50prozentige Ermäßigung auf alle Zeitkarten beinhalten. Eine Monatskarte Darmstadt-City kostet dann 21 Euro anstatt 42 Euro, eine 9-Uhr-Monatskarte von Eberstadt nach Darmstadt käme auf 27 Euro anstelle von 54 Euro. Dies entspricht ungefähr dem Anteil für Verkehr im Hartz-IV-Regelsatz. In anderen hessischen Städten wie Frankfurt oder Gießen ist eine solche Ermäßigung längst selbstverständlich.

2013 hat die Stadt Darmstadt eine Teilhabecard eingeführt, die Ermäßigungen in städtischen und öffentlich geförderten Einrichtungen bietet. Sie gilt für Bezieherinnen und Bezieher von ALG II, Grundsicherung, Wohngeld und von Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz, für Seniorinnen und Senioren sowie für Kinder und Jugendliche aus kinderreichen Familien. Diese Karte wollen wir um vergünstigte Mobilität in Bussen und Bahnen erweitern. Der Zuschussbedarf durch die Stadt wird auf 200.000 bis 500.000 Euro geschätzt.

Die Stadt Darmstadt hat in den letzten Jahren – gegen die Stimmen unserer Fraktion – in vielen öffentlichen Einrichtungen die Gebühren erheblich erhöht. In Schwimmbädern zahlen Erwachsene 3,90 Euro gegenüber 2,50 Euro im Jahr 2010, das ist eine Preissteigerung von 56%, also über 9% pro Jahr. Das Jugendstilbad kostet für zwei Stunden in der Schwimmhalle mittlerweile 6 Euro. Solche Gebührenerhöhungen bringen dem städtischen Haushalt wenig, belasten aber das Budget vieler Nutzerinnen und Nutzer dieser Einrichtungen erheblich. Zur Kosteneinsparung wurden Bürgerbüros und Stadtteilbibliotheken geschlossen. Gerade Menschen mit geringem Einkommen spüren die zusätzlichen Ausgaben für die Mobilität, wenn sie nun die zentralen Einrichtungen nutzen müssen oder wollen.

Auch in Darmstadt gibt es Quartiere mit einem hohen Anteil an sozial benachteiligten Menschen. Viele Bewohnerinnen und Bewohner sind in besonderem Maße von Perspektivlosigkeit, Existenzängsten und Frustration betroffen. Wenn die Probleme nicht durch gemeinsame Initiativen und Projekte bearbeitet werden, wirkt sich das auf die Dauer für die einzelnen Menschen wie auch für den ganzen Stadtteil nachteilig aus. In Eberstadt Süd und Kranichstein wurde über das Bund-Länder-Programm „Soziale Stadt“ in bauliche Infrastruktur und Gemeinwesenarbeit investiert, um Bildung, Chancengleichheit und Hilfe zur Selbsthilfe zu ermöglichen. Diese professionell abgesicherte Arbeit und das große Engagement vieler Bewohnerinnen und Bewohner haben bewirkt, dass sich in diesen Stadtteilen trotz der ungünstigen Voraussetzungen ein positives Selbstbewusstsein entwickelt hat und die Lebensbedingungen verbessert wurden.

In beiden Stadtteilen ist die zehnjährige Förderung durch das Programm „Soziale Stadt“ ausgefallen. Dies betrifft nicht nur die Infrastruktur-Investitionen, sondern auch die Gemeinwesenarbeit, deren Anschlussfinanzierung nun von der Stadt alleine übernommen werden muss. Wir kritisieren, dass die Gemeinwesenarbeit nicht dauerhaft durch den Bund unterstützt wird. Denn diese bleibt notwendig, solange die Ursachen für die soziale Spaltung nicht behoben sind.

Das Vorhaben der Stadt, für das Pallaswiesenviertel die Aufnahme in das Programm „Soziale Stadt“ zu beantragen, ist sinnvoll und sollte schnell umgesetzt werden.

Die LINKE tritt ein für:

- Erweiterung der Teilhabecard um eine Halbp reis-Ermäßigung im öffentlichen Nahverkehr („Sozialticket“)
- Kostenlose Tickets im Staatstheater für Jugendliche und Empfänger/innen von Sozialleistungen analog zur Regelung für Studierende
- Keine Gebührenerhöhungen bei städtischen Einrichtungen in den Bereichen Bildung, Kultur und Sport
- Dauerhafte Absicherung der Gemeinwesenarbeit in Eberstadt-Süd und Kranichstein und Aufnahme des Pallaswiesenviertels in das Programm „Soziale Stadt“

## **Hartz IV die Zähne zeigen**

DIE LINKE sagt „Nein“ zu den Hartz-Gesetzen, die 2004 von der rot-grünen Bundesregierung beschlossen wurden. Diese Gesetze haben Armut, soziale Ausgrenzung, Sozialabbau und Lohn-dumping maßlos verschärft. Ziel dieser Politik war, einen Niedriglohnsektor auf- und auszubauen und den Druck auf die Einkommen drastisch zu erhöhen. Durch den Umbau von einer Versicherung zu einer Sozialleistung sollte Erwerbslosigkeit weniger als gesellschaftliches Problem denn als persönliche Angelegenheit der Erwerbslosen erscheinen. DIE LINKE setzt sich für die sofortige Anhebung des Regelsatzes auf 500 Euro ein. Perspektivisch wollen wir das Hartz-IV-System durch eine bedarfsdeckende und sanktionsfreie Mindestsicherung ersetzen.

Bei der Umsetzung der Hartz-Gesetze ist von dem Motto „Fordern und Fördern“ nur das Fordern übrig geblieben. Die sogenannten Ein-Euro-Jobs sollen den Einstieg in den ersten Arbeitsmarkt ermöglichen und Menschen wieder an Arbeit „gewöhnen“. DIE LINKE lehnt die Einrichtung der Ein-Euro-Jobs seit ihrer Einführung entschieden ab. Nach über zehn Jahren Hartz IV ist allgemein bekannt, dass sie reguläre Arbeitsverhältnisse verdrängen und die Chancen Langzeiterwerbsloser auf dem Arbeitsmarkt nicht verbessern. In Darmstadt sind Ein-Euro-Jobs für über 25-jährige freiwillig. Das ist zu begrüßen – es bleibt jedoch zu fordern, dass diese Freiwilligkeit für Alle gewährt wird. DIE LINKE lehnt Sanktionen bei Ablehnung „arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen“ durch Leistungsempfänger/innen entschieden ab. Niemand darf unter das Existenzminimum gedrückt werden!

Wir sind nicht gegen Beschäftigungsförderung und Qualifizierungsmaßnahmen. Doch dabei müssen die Interessen der Erwerbslosen im Mittelpunkt stehen und nicht die von der Erwerbslosigkeit profitierenden Bildungsträger. Den Erwerbslosen ist bei Qualifizierungsmaßnahmen die endgültige Entscheidung einzuräumen. Reguläre Berufsausbildungen, Umschulungen und Weiterbildungen mit anerkannten Abschlüssen müssen Vorrang haben. Sinnlose Trainingsmaßnahmen, die nur dem Frisieren der Statistik dienen, sind sofort abzuschaffen.

Das Jobcenter Darmstadt ist eine „gemeinsame Einrichtung“ der Agentur für Arbeit Darmstadt und der Kommune. Diese beiden Träger bilden die paritätisch besetzte „Trägerversammlung“ die über organisatorische, personalwirtschaftliche, personalrechtliche und personalvertretungsrechtliche Angelegenheiten des Jobcenters entscheidet. Es folgt in weiten Teilen der Abschottungsstrategie der Arbeitsagentur gegen die Hartz IV-Leistungsempfänger/innen. Dies ist beispielsweise der Fall bei der Erreichbarkeit der Sachbearbeiter/innen, mit denen nur indirekt über ein Callcenter der Agentur kommuniziert werden kann. Durchwahlen werden nicht bekannt gegeben. Die Betroffenen machen nicht selten die Erfahrung, dass auf dringende Anliegen zu langsam reagiert wird. Im Einklang mit einigen auf dem Informationsfreiheitsgesetz beruhenden Gerichtsurteilen bestehen wir darauf, dass den Leistungsempfänger/innen die Durchwahl ihres Sachbearbeiters oder ihrer Sachbearbeiterin mitgeteilt wird und dass diese Durchwahlnummern auf der Website des Jobcenters veröffentlicht werden.

Im Zuge der Hartz-Gesetze wurde aus dem Arbeitsamt eine Agentur, in der alles betriebswirtschaftlich organisiert ist und mit dem primären Ziel der Kosteneinsparung ablaufen soll. Auf der Strecke geblieben ist dabei der sozialpolitische Auftrag. Das muss sich wieder ändern.

DIE LINKE fordert:

- Bedarfsdeckende und sanktionsfreie Mindestsicherung statt Hartz IV
- Abschaffung und bis dahin Freiwilligkeit der Ein-Euro-Jobs auch für unter 25-jährige
- Beschäftigungsförderung und Qualifizierungsmaßnahmen im Interesse der Erwerbslosen
- Ausweitung statt Kürzung der Freiwilligen Leistungen der Stadt im Sozialbereich, beispielsweise durch ein ÖPNV-Sozialticket (S. 5f)
- Erfüllung der gesetzlich verankerten Auskunfts-, Beratungs- und Informationspflichten durch Jobcenter und Sozialamt sowie aktive Information der Leistungsempfänger/innen über Freiwillige Leistungen der Stadt
- Ermittlung der „Kosten der Unterkunft“ gemäß den realen Wiedervermietungs-Mieten in Darmstadt
- Einrichtung eines unabhängigen, trägerfreien und durch Sozialtransferempfänger/innen selbstverwalteten Erwerbslosentreffs
- Ausdehnung des Hartz IV-Bewilligungszeitraums auf 12 Monate
- Bessere Erreichbarkeit des Jobcenters und der Fallmanager/innen, u.a. durch Bekanntgabe der Durchwahlen
- Veröffentlichung aller Dienstanweisungen auf der Website des Jobcenters Darmstadt
- Bundeswehr raus aus Arbeitsagentur und Jobcenter: die Notlage durch Arbeitslosigkeit darf nicht zu Werbezwecken durch die Bundeswehr missbraucht werden.

## **Darmstadt braucht gute Arbeit**

Unsichere Beschäftigung, Minijobs und Niedriglöhne sind auch in Darmstadt weit verbreitet. Angesichts der drastisch steigenden Mieten und Energiekosten kommen viele Menschen mit ihrem Gehalt kaum über die Runden. Die Kommunalpolitik kann die Agenda 2010, die für die Ausbreitung prekärer Arbeit wesentlich verantwortlich ist, nicht abschaffen. Doch die Kommunen sind auch Arbeitgeber. Sie könnten durch ordentliche Tarifabschlüsse Standards setzen bei Arbeitszeit und Entlohnung, vor allem in den unteren Lohngruppen. Arbeitszeitverkürzung schafft neue und sichert bestehende Arbeitsplätze. Doch die Städte und Gemeinden gehen oft den umgekehrten Weg, wie die hartnäckigen Tarifauseinandersetzungen der letzten Jahre verdeutlicht haben. Insbesondere ist der vierwöchige „Kita-Streik“ im Mai/Juni 2015 um die Aufwertung des Sozial- und Erziehungsdiensts zu nennen, auf dessen Forderungen der kommunale Arbeitgeberverband nicht ernsthaft eingegangen ist (siehe Kapitel VI, S. 31). DIE LINKE steht in den Auseinandersetzungen um Einkommen und Arbeitszeit auf der Seite der kommunalen Beschäftigten.

Gute Arbeit bedeutet mehr als auskömmliches Einkommen. Ein guter Arbeitsplatz bietet Gestaltungsmöglichkeiten, lässt Raum für Kreativität, gibt Freiheiten bei der Arbeitszeitgestaltung, funktioniert mit wenig Hierarchie in einer kollegialen Betriebskultur. Er schont und erhält die Gesundheit an Leib und Seele und bietet Sicherheit bei der Lebensplanung. Nach dem Stellenabbau der vergangenen Jahre und den Stellenbesetzungssperren sind solche Bedingungen für die städtischen Beschäftigten kaum zu realisieren, zumal immer neue Aufgabenbereiche hinzukommen. Seit Amtsübernahme der Koalition in 2011 wurden bei der Stadt in den Bereichen ohne Sozial- und Erziehungsdienst 5,5% der Planstellen abgebaut, Mitte 2014 waren dort 8% der Stellen unbesetzt. Anstatt den Personalabbau weiter zu führen, müssen zur Verbesserung der städtischen Dienstleistungen und zur Entlastung der Beschäftigten wieder Stellen geschaffen und bestehende Stellen besetzt werden.

Die Menschen in Darmstadt brauchen tarifvertraglich abgesicherte, sozialversicherungspflichtige und Existenz sichernde Arbeitsplätze, die gerade jungen Menschen Perspektiven bieten. Auf Ein-Euro-Jobs beim Gartenamt, in der Kita oder in der Schule können sie verzichten. Es ist öffentlich gefördertes Lohndumping, wenn reguläre Arbeitsverhältnisse vernichtet werden und die gleiche Arbeit später im Rahmen von „Wiedereingliederungsmaßnahmen“ zu Niedrigstlöhnen erledigt wird – im schlimmsten Fall unter Androhung von Sanktionen.

In den Töchtern des Stadtkonzerns betreibt auch die Stadt Darmstadt Tarifflicht, und zwar aus den öffentlichen in schlechtere private Tarifverträge. Dies ist zum Beispiel bei der HEAG mobilo für die Busfahrerinnen und Busfahrer der Fall (siehe S. 20f). Auch beim Klinikum besteht nach der Umwandlung in eine gGmbH die Gefahr, dass die nicht direkt in der Pflege Beschäftigten ausgegliedert und nach einem schlechteren Tarif bezahlt werden. Im Kreis Darmstadt-Dieburg ist das bereits geschehen. Diese Vorgehensweise lehnen wir ab. Außerdem wenden wir uns gegen sachgrundlose Befristungen, die in allen Bereichen des öffentlichen Dienstes praktiziert werden.

Die Kommunalpolitik kann nicht nur in ihren eigenen Betrieben für bessere Arbeit sorgen, sondern auch gegenüber der Privatwirtschaft darauf drängen. Das wichtigste Instrument dazu ist die Vergabe von öffentlichen Aufträgen, die an entsprechende Bedingungen geknüpft werden kann und muss. Wir wollen, dass Unternehmen, die öffentliche Aufträge ausführen, Tariflöhne zahlen und das Arbeitnehmerentendengesetz einhalten. Betriebe, die viele Ausbildungsplätze anbieten und die Gleichstellung von Frauen und Männern im Sinne des Hessischen Gleichstellungsgesetzes voranbringen, wollen wir auf diesem Wege fördern. Die öffentliche Hand darf nicht bei Firmen einkaufen, die Kinder- oder Zwangsarbeit fördern oder grundlegende Gewerk-



schaftsrechte missachten. Dieser Verdacht konnte beispielsweise bei den indischen Pflastersteinen auf dem Marktplatz nie ausgeräumt werden.

Gute Arbeit bei der Stadt Darmstadt und ihren Eigenbetrieben heißt:

- Gute Entlohnung für die Beschäftigten der Stadt Darmstadt. Übertarifliche Bezahlung ist möglich und wird z.B. bei den Erzieherinnen und Erziehern von anderen Kommunen auch praktiziert.
- Kein weiterer Stellenabbau und Aufhebung der Stellensperren
- Keine Anwendung schlechterer privater Tarife bei städtischen Unternehmen und keine sachgrundlosen Befristungen.
- Tariflich abgesicherte sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze statt Ein-Euro-Jobs
- Richtlinien für die Vergabe von öffentlichen Aufträgen hinsichtlich tariflicher Entlohnung, Engagement bei Ausbildung und Gleichstellung von Frauen

## **Wohnungslosigkeit und Zwangsräumungen verhindern!**

Wohnungslosigkeit ist ein wachsendes Problem, das im öffentlichen Raum nicht mehr zu übersehen ist. Diese Entwicklung ist Folge der tiefen sozialen Spaltung unserer Gesellschaft, der prekären Arbeits- und Lebensbedingungen, des Leistungsdrucks, aber auch der Ausgrenzung von Migrantinnen und Migranten. Diese Ursachen können nur in geringem Maß von den Kommunen selbst beeinflusst werden.

In Darmstadt gibt es mehrere Wohn- und Übernachtungsheime und die Tageseinrichtung „Tee-stube Konkret“. Die Stadt bietet Unterstützung zur Verhinderung von Zwangsräumungen, oder wenn dies nicht möglich ist, bei der Suche nach einer neuen Wohnung. DIE LINKE fragt regelmäßig die Situation bezüglich Zwangsräumungen ab. Momentan ist die Entwicklung positiv: seit 2011 wurde die Zahl der durchgeführten Zwangsräumungen von 90 auf 46 Fälle pro Jahr reduziert.

Zur Unterstützung von obdachlosen Frauen und Männern und zur Verhinderung der Obdachlosigkeit muss das aktuelle Angebot mindestens erhalten bleiben:

- Bereitstellung einer ausreichenden Zahl von Übernachtungsmöglichkeiten in Obdachlosenunterkünften
- Förderung von Einrichtungen für Beratung und Tagesaufenthalt von obdachlosen Frauen und Männern
- Beratungsangebot bei drohender Zwangsräumung
- Unterstützung bei der Wohnungssuche nach Zwangsräumungen, insbesondere durch Vermittlung in eine Wohnung mit entsprechendem Belegungsrecht der Stadt

## **Solidarität statt Ausgrenzung**

Auch in Darmstadt werden Menschen ausgegrenzt weil sie arm sind, weil sie oder ihre Eltern nicht aus Deutschland stammen, weil sie eine andere Religion ausüben, weil sie krank sind, weil sie eine Behinderung haben oder aufgrund ihrer sexuellen Orientierung. Die Politik der LINKEN steht für Solidarität und gegen jede Art gesellschaftlicher Ausgrenzung von Menschen.

### **Gegen Rassismus – Geflüchtete willkommen heißen**

Antisemitismus, anti-islamische Stimmungsmache und alle anderen Formen des Rassismus richten sich gegen ein menschliches Miteinander. Sie verletzen die Würde der betroffenen Menschen und verhindern Solidarität und gemeinsame Gegenwehr gegen Krieg und Sozialabbau. Es ist eine entscheidende Voraussetzung im Kampf für bessere Verhältnisse, dass alle von Ungerechtigkeit und Ausgrenzung Betroffenen zusammenhalten und sich nicht spalten lassen. Deshalb ist der Einsatz gegen Rassismus für DIE LINKE eine lebenswichtige Aufgabe. Deshalb beteiligen wir uns an zivilgesellschaftlichen Initiativen gegen Rassismus, Diskriminierung und rechte Gewalt, und erwarten von der Stadt, dass sie solche Initiativen finanziell und ideell unterstützt.

Unter der Tarnkappe der „Islamkritik“ wird Rassismus gegen Migrantinnen und Migranten aus dem Nahen Osten und Nordafrika geschürt. Die PEGIDA-Demonstrationen und die Zustimmung zur Politik der AfD zeigen, wie weit sich der Rassismus auf diese Weise bis in die Mitte der Gesellschaft ausbreiten konnte. Wir sind für die strikte Trennung von Staat und Religion. Gerade deshalb verteidigen wir die Gleichberechtigung aller Religionen in Deutschland und unterstützen islamische Gemeinden, wenn sie angegriffen oder gegenüber anderen Religionsgemeinschaften benachteiligt werden.

Immer mehr Menschen fliehen vor Krieg, Verfolgung und wirtschaftlichem Elend – an dem nicht selten die Politik der reichen Länder des Westens beteiligt ist. Hass und Aggressivität gegenüber Menschen, die aus ihrer Heimat flüchten müssen, haben in Teilen der Bevölkerung erschreckende Ausmaße angenommen. Angriffe auf Flüchtlingsunterkünfte sind alltäglich geworden. Viele Politikerinnen und Politiker greifen diese Stimmung auf und bestärken sie, anstatt ihr entgegenzutreten. Doch es gibt auch sehr viele Menschen, die aufstehen gegen diesen Hass und sich den geistigen und tatsächlichen Brandstiftern entgegen stellen. Sie engagieren sich, indem sie Kontakt mit Geflüchteten aufnehmen und ihnen im schwierigen Alltag helfen. Solche Aktivitäten unterstützen die Mitglieder der LINKEN auf der Straße und in den Parlamenten.

Die zentrale Unterbringung macht lokale Kampagnen gegen und organisierte Angriffe auf Geflüchtete und ihre Unterkünfte erst möglich. Dezentrale Unterbringung erleichtert die Kontaktaufnahme der Geflüchteten mit der Nachbarschaft und bietet Rassisten keine Angriffspunkte. Seit der großen Fluchtbewegung Mitte 2015 ist es leider nicht mehr möglich, die Neuankömmlinge wie vorher über die Stadtteile verteilt in Wohnungen unterzubringen. Zentrale Unterkünfte für Geflüchtete sind nur als Notlösung akzeptabel. Das gilt umso mehr für Zeltlager. Zu einer menschenwürdigen Unterbringung gehört Privatsphäre in individuellen Wohnräumen. Geflüchtete benötigen soziale, medizinische und psychologische Betreuung, ihre Kinder müssen rasch die Schule besuchen können. Der Ersatz von Geldleistungen durch Sachleistungen dient der Abschreckung und wird den Bedürfnissen der Geflüchteten in keiner Weise gerecht. Entsprechende Vorhaben sind entschieden abzulehnen.

Die Versorgung und Betreuung der Geflüchteten sowie später die Integration derjenigen, die dauerhaft bleiben, ist eine große Aufgabe. Auch wenn vieles über ehrenamtliches Engagement abgedeckt wird, sind diese nicht ohne zusätzliches Personal bei den städtischen Einrichtungen von der Kinderbetreuung bis zum Einwohnermeldeamt zu leisten. Das Umschichten aus anderen Arbeitsbereichen kann nur eine kurzfristige Lösung sein. Es müssen neue Stellen eingerichtet werden. Die Kosten müssen komplett vom Bund getragen werden. Es kann nicht sein, dass die Kommunen einmal mehr Aufgaben zugewiesen bekommen, ohne die Finanzierung sicher zu stellen.

Jede Abschiebung zerreißt Freundschaften und vertreibt Menschen aus ihrer neuen Heimat, während in der alten Heimat oft Verfolgung und Folter drohen. Wir streiten für einen sofortigen Abschiebestopp.

Wir fordern:

- Unterstützung von zivilgesellschaftlichen Initiativen gegen Rassismus, Diskriminierung und rechte Gewalt
- Dezentrale Unterbringung von Geflüchteten
- Zentrale Unterkünfte nur als kurzfristige Notlösung für die Erstaufnahme. Auch in diesen Unterkünften müssen individuelle Rückzugsräume vorhanden sein.
- Ausreichende Mittel für soziale, medizinische und psychologische Betreuung von Geflüchteten
- Einrichtung einer Härtefallkommission, an die sich von Abschiebung bedrohte Geflüchtete sowie Migrantinnen und Migranten wenden können
- Kostendeckende Finanzierung für Unterbringung und Betreuung durch den Bund
- Unterstützung ehrenamtlicher Arbeit mit Geflüchteten sowie Stellenaufbau in allen Bereichen, in denen zusätzliche Aufgaben entstehen.

## **Integration ist keine Einbahnstraße**

Deutschland ist ein Einwanderungsland. Fast 18% der Darmstädter Bevölkerung hat keinen deutschen Pass, mehr als die Hälfte dieser Menschen kommen von außerhalb der EU und haben daher kein kommunales Wahlrecht. Der Anteil an Einwohnerinnen und Einwohnern mit Migrationshintergrund wird auf 25% geschätzt. Wir betrachten diese kulturelle Vielfalt als eine Bereicherung für unsere Stadt.

Integration ist keine Leistung, die nur die Eingewanderten zu erbringen haben. Auch die Mehrheitsgesellschaft muss sich auf die Neuankömmlinge einlassen und ihre Eigenarten verstehen und respektieren. Die Migrantinnen und Migranten sind mit der Integrationspolitik nicht zufrieden und wünschen sich – anders als immer wieder unterstellt wird – mehr Möglichkeiten und Chancen zur Teilnahme am gesellschaftlichen Leben. Sie möchten in allen gesellschaftlichen Bereichen gleichgestellt sein. Allzu oft müssen sie jedoch feststellen, dass die Politik umgekehrt darauf abzielt, sie als Sündenböcke für die Folgen der ungerechten Umverteilungspolitik darzustellen.

Wir unterstützen die Forderung nach aktivem und passivem Wahlrecht unabhängig von der Staatsbürgerschaft, denn die politische Partizipation ist die Voraussetzung, dass sich Menschen in der Gesellschaft angenommen fühlen und auch ihren Kindern das Gefühl der Zugehörigkeit in Deutschland vermitteln können (siehe auch Kapitel IX, Seite 46).

Viele der Zugewanderten sind am Erhalt der deutschen Staatsbürgerschaft interessiert, selbst wenn sie dazu ihren bisherigen Pass abgeben müssen. Auf dem Weg dorthin gibt es jedoch viele unnötige Hindernisse und Voraussetzungen: der vorausgehende Aufenthalt von acht Jahren, der Mangel an Sprach- und Integrationskursen sowie die Anforderung, das Leben ohne Sozialleistungen bestreiten zu können – und das bei stetig wachsendem Niedriglohnsektor.

In Darmstadt brauchen wir ein gutes Angebot an Sprach- und Weiterbildungskursen. Wie alle öffentlichen Bildungsangebote sollen sie gebührenfrei sein. Eine Kinderbetreuung erleichtert vor allem Frauen die Teilnahme an den Kursen. Umgekehrt muss aber auch ein Angebot zur interkulturellen Weiterbildung für die länger ansässige Bevölkerung, insbesondere für die Beschäftigten der Stadt, eingeführt werden. Zurückweisung und Diskriminierung hat auch damit zu tun, dass man zu wenig über einander weiß.

Ohne direkten Austausch kann keine Integration stattfinden. Deshalb muss bei Stadtplanung, Wohnungsvergabe und auch in den Schulen und Kindergärten darauf geachtet werden, dass Menschen unterschiedlicher sozialer und nationaler Herkunft in ihrem Alltag zusammen kommen. Die frühkindliche Erziehung in Krippen und Kitas muss die besonderen Fähigkeiten und das Engagement von Kindern mit Migrationshintergrund fördern.

Migrantinnen und Migranten können – genauso wie Frauen mit Kindern oder ältere Bewerberinnen und Bewerber – durch unbewusste Vorurteile bei der Personalauswahl benachteiligt werden. Um dies zu vermeiden, schlagen wir vor, das Bewerbungsverfahren bei der Stadt Darmstadt und ihren Eigenbetrieben zu anonymisieren. Dabei erfolgt die Vorauswahl ohne Kenntnis von Name, Herkunft oder Bewerbungsfoto der Bewerberinnen und Bewerber. In zahlreichen Modellversuchen wurde nachgewiesen, dass solche Verfahren Benachteiligungen verringern.

Die verschiedenen Vereine der migrantischen Selbstorganisation haben große Schwierigkeiten, geeignete und preiswerte Räumlichkeiten für ihre Arbeit zu finden. In anderen Städten gibt es politisch-kulturelle Zentren, in denen auch solche Vereine unterkommen können. Bei uns haben die Oetinger Villa und die Bessunger Knabenschule eine solche Funktion. Das reicht jedoch bei weitem nicht aus. Zumindest wäre es wichtig, dass die Vereine Unterstützung bei der Suche nach Räumen erhalten.

Wir stehen für:

- Ausbau von Sprach- und Integrationskursen
- Angebot für interkulturelle Weiterbildung für Alle
- Anonymisiertes Bewerbungsverfahren bei der Stadtverwaltung und den Eigenbetrieben
- Unterstützung der sozialen und kulturellen Arbeit der Organisationen von Migrantinnen und Migranten durch die Stadt

## **Darmstadt barrierefrei und inklusiv**

Die volle Teilhabe von Menschen mit Behinderung muss verwirklicht werden. Inklusion bedeutet, dass Menschen mit Behinderung Gleiche unter Gleichen sind, und dass sie zur Vielfalt dazu gehören. Sie muss schon in der Kita und in der Schule beginnen. Leider steht die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention im reichen Deutschland unter Ressourcenvorbehalt, so dass die Inklusion in der Bildung zu scheitern droht (siehe auch Kapitel V, S.25f).

Menschen mit Behinderung muss es möglich sein, ganz selbstverständlich am Alltag teilzunehmen. Dazu ist es notwendig, individuelle Beeinträchtigungen durch die Gestaltung von Straßen und Plätzen, Gebäuden, des ÖPNV und auch der öffentlichen Internet-Präsenzen auszugleichen.

Wir wollen dazu beitragen, dass Inklusion möglichst unter Einbeziehung von Menschen mit Behinderung und ihrer Organisationen auch in unserer Kommune umgesetzt wird. Darmstadt muss zu einer barrierefreien Stadt weiterentwickelt werden.

Auch die Stadt als Arbeitgeberin ist in der Verantwortung. Es ist nicht genug, nur die gesetzliche Schwerbehindertenquote von 5% im Personalbestand zu erfüllen. Wichtig ist auch, dass Menschen mit Behinderung von der Stadt und ihren Eigenbetrieben neu eingestellt werden. In 2012 bekamen jedoch nur 1,3% (2 von 149 Einstellungen) und 2013 nur 2,5% (4 von 157) Menschen mit Behinderung einen Job bei der Stadt Darmstadt. Das ist erbärmlich wenig. Die Initiative unserer Fraktion, die Ursachen für diese Fehlentwicklung festzustellen und zu beseitigen, wurde mit Desinteresse abgetan. Das Ziel muss sein, dauerhaft mehr als 4% Menschen mit Behinderung neu einzustellen. Dazu muss ggf. das Bewerbungsverfahren verändert und gezielt behindertengerechte Arbeitsplätze – etwa zum Ausgleich von Sehbehinderungen – geschaffen werden.

Wichtig ist die Beschäftigungssicherung der bereits beschäftigten Menschen mit Behinderung. Auch von öffentlichen Arbeitgebern werden Menschen mit eingeschränkter Leistungsfähigkeit oft aussortiert, sprich entlassen. In Darmstadt betrifft dies in erster Linie den EAD, wo die Bereiche mit „Knochenarbeit“ angesiedelt sind. Die Betroffenen müssen am Arbeitsplatz entlastet und die Arbeitstätigkeit muss behindertengerecht gestaltet werden. Behindertengerechte Arbeitsplätze, die nicht vom EAD angeboten werden können, müssen von der Kernverwaltung zur Verfügung gestellt werden. Es muss alles unternommen werden, um vorzeitige Entlassungen von Menschen mit Behinderung zu vermeiden.

DIE LINKE setzt sich ein für:

- Bereitstellung einer ausreichenden Anzahl preiswerter barrierefreier Wohnungen für ältere Menschen und Menschen mit Behinderung
- Unterstützung von Wohnprojekten für Menschen mit Behinderung in urbaner Lage
- Bedarfsgerechte Abdeckung mit ambulanten Unterstützungsmöglichkeiten wie dem „Betreuten Wohnen“
- Steigerung der Neueinstellungen von Menschen mit Behinderung bei der Stadt Darmstadt und ihren Eigenbetrieben auf dauerhaft mindestens 4%

## **Freiheit für alle Lebensweisen!**

Für DIE LINKE ist es selbstverständlich, die sexuelle Vielfalt in der Gesellschaft und die gleichberechtigte Existenz verschiedener Lebensentwürfe zu akzeptieren. Wir wollen eine Gesellschaft und eine Politik, die Lesben, Schwulen, Bi- und Transsexuellen, Transidenten und Intersexuellen (LGBTTI) ein selbstbestimmtes Leben ohne Angst vor homophober Gewalt garantiert. Fünf bis zehn Prozent aller Menschen haben einen LGBTTI-Hintergrund, das sind ca. 10.000 Menschen in Darmstadt.

Wir fordern die vollständige rechtliche Gleichstellung bezüglich Ehe und Adoptionsrecht.

Viele Lesben und Schwule übernehmen Verantwortung für leiblichen Nachwuchs oder für Pflegekinder. Die Kinder aus solchen „Regenbogenfamilien“ sind oft von der Stigmatisierung ihrer Eltern mitbetroffen. Auch an Schulen gehört Homophobie leider immer noch zum Alltag. Um dem entgegen zu treten, ist ein Fortbildungs-Angebot zur Sensibilisierung der Beschäftigten im Bereich der Familien- und Jugendhilfe sowie für Jugendleiter/innen, Lehrer/innen und Erzieher/innen notwendig. Zur Aufklärung von Schulklassen und Jugendgruppen hat sich das landesweite Projekt SchLAu gegründet, von dem auch in Darmstadt eine lokale Arbeitsgruppe existiert. Deren Arbeit muss von der Stadt aufgegriffen, koordiniert und gefördert werden.

Wir unterstützen den Verein vielbunt e.V. und gegebenenfalls auch andere Initiativen, ihre Projekte umzusetzen. Wir stehen an der Seite der Community, wenn Widerstand geleistet werden muss gegen Diskriminierung und Hetze, wie sie zuletzt von den „Besorgten Eltern“ und anderen reaktionären Strömungen auf die Straße gebracht wurden.

Die Stadt muss sich auf Landesebene dafür einsetzen, dass auch in Hessen die Aufklärung über sexuelle Vielfalt und gleichgeschlechtliche Lebensweisen in die Lehrpläne aufgenommen werden.

DIE LINKE tritt ein für:

- Aufklärung und Fortbildung gegen Homophobie
- Unterstützung des Projekts SchLAu
- Aufklärung über sexuelle Vielfalt in die Lehrpläne!

## **Drogen entkriminalisieren, Drogenhilfe erhalten**

Der Gebrauch von Drogen war und ist zu allen Zeiten und in allen Gesellschaften Teil der Kultur. Die derzeit vorgenommene Einteilung in legale und illegale Drogen ist nicht nachvollziehbar. Zweifellos kann übermäßiger Gebrauch legaler wie illegaler Drogen zum Verlust der Kontrolle über das eigene Leben und zu schwerer Krankheit führen. Außerdem werden oft die Mitmenschen belastet. Doch die Kriminalisierung drogenabhängiger Menschen produziert zusätzliches Elend, das durch die Sucht allein nicht notwendigerweise entstehen würde. Deshalb wehren wir uns gegen die Diskriminierung und Kriminalisierung von Drogengebraucher/inne/n und setzen uns für die kontrollierte Abgabe harter Drogen an Abhängige ein. Weiche Drogen wie Marihuana sind vollständig zu legalisieren. Dadurch würde auch der illegale Drogenhandel verringert. DIE LINKE setzt auf Prävention und Aufklärung, um Drogenmissbrauch zu vermeiden.

Wenn bei Menschen der normale Drogengebrauch in schwere Sucht und Abhängigkeit umschlägt, so ist dies oft auch Ausdruck von gesellschaftlichen Ursachen. Deshalb ist die Gesellschaft auch in den Pflicht, den Betroffenen zu helfen. Drogenabhängige brauchen Unterstützung und Hilfsangebote. Wir wollen Einrichtungen der Drogenhilfe erhalten. Es war richtig, die akzeptierende Drogenarbeit des „scentral“ an zentraler Stelle zu erhalten. Dort muss es weiter bestehen bleiben, solange es einer solchen Einrichtung bedarf.

## Wohnen – ein Grundrecht und keine Ware!

### Für den sozialen Wohnungsbau!

Der soziale Wohnungsbau stagniert auf niedrigem Niveau, obwohl es in Ballungsräumen wie dem Rhein-Main-Gebiet dramatisch an bezahlbarem Wohnraum mangelt. Für die Geflüchteten entsteht in den kommenden Jahren weiterer Bedarf. Der Bund stellt dafür jährlich gerade einmal 500 Millionen Euro für alle Länder zur Verfügung, mit sinkender Tendenz – früher wurden in einem Jahr mehrere Milliarden Euro investiert. Da diese Mittel nicht zweckgebunden sind, ist nicht einmal sichergestellt, dass das Land Hessen seinen Anteil komplett für den Wohnungsbau weiterreicht.

In Darmstadt gab es Mitte der 1980er Jahre mehr als 15.000 Sozialwohnungen, mittlerweile sind es nur noch etwa 5.500. Ihre Zahl wurde also in drei Jahrzehnten auf ein Drittel reduziert, obwohl sich gleichzeitig der Bedarf stark erhöht hat. Der Anteil an Sozialwohnungen in Darmstadt beträgt heute etwa 6 Prozent, 1987 betrug er noch fast ein Viertel. Demgegenüber leben in Darmstadt ca. 5.000 Erwerbslose und eine noch größere und weiter wachsende Zahl von Menschen, die mit unzureichenden Niedriglöhnen auskommen müssen. Mittlerweile studieren hier über 40.000 junge Menschen, von denen viele auch in Darmstadt wohnen. Die Rentenpolitik der letzten Jahrzehnte hat auch die Zahl der auf günstigen Wohnraum angewiesenen Rentnerinnen und Rentner stark anwachsen lassen. Und schließlich kommen immer mehr Menschen nach Darmstadt, die ihre Heimat wegen der politischen oder wirtschaftlichen Verhältnisse verlassen mussten. Dementsprechend hat sich die Warteliste beim Wohnungsamt von 1.900 im Jahr 2009 auf heute 2.300 Bewerber/innen um eine Sozialwohnung verlängert. Von diesen können jährlich nur noch 20% vermittelt werden. In besseren Zeiten lag die Vermittlungsquote zwischen 30 und 40 Prozent.

Der soziale Wohnungsbau hält die Mieten im Bereich von Wohnungen einfacher bis mittlerer Qualität niedrig. Individuelle Förderungen wie die „Kosten der Unterkunft“ (KdU) oder Wohngeld ermöglichen es hingegen den Vermietern, die Miethöhe bis zur Obergrenze dieser Transferleistungen anzuheben. Damit steigt auch die Miete für diejenigen, die diese Leistungen nicht erhalten. Der öffentliche Wohnungsbau hingegen begrenzt die Profite der Immobilienbesitzer/innen.

Bereits 1987 hat die Kohl-Regierung durch Abschaffung der Gemeinnützigkeit der Wohnungsbau-Gesellschaften begonnen, dem öffentlichen Wohnungsbau das Wasser abzugraben. Danach wurde die Unterstützung einkommensschwacher Menschen vom sozialen Wohnungsbau auf die Gewährung von Wohngeld bzw. die Übernahme der „Kosten der Unterkunft“ umgestellt. DIE LINKE kritisiert, dass dadurch aus öffentlichen Mitteln privater Profit finanziert und gleichzeitig öffentliche Kontrolle und Gestaltungsfähigkeit aus der Hand gegeben wird. Wir fordern die massive Stärkung des sozialen Wohnungsbaus in öffentlicher Verantwortung. Die Ausgaben für Wohngeld und KdU würden in der Folge automatisch sinken.

Die grün-schwarze Koalition hat mit der Bauverein AG den Bau von jährlich 100 Sozialwohnungen in Darmstadt vereinbart. Das ist immerhin doppelt so viel wie in den zehn Jahren davor. Doch bis 2020 werden ca. 700 weitere Sozialwohnungen aus der Bindung fallen, davon 500 bereits in 2016. Um den Anteil von Sozialwohnungen in unserer wachsenden Stadt wenigstens zu halten, werden mindestens 200 neue geförderte Wohnungen pro Jahr benötigt. Angesichts des zusätzlichen Bedarfs für die Unterbringung von Kontingentflüchtlingen fordern wir – neben den speziell für sie vorgesehenen Sammelunterkünften – ein Sonderprogramm zum Bau von mindestens 50 weiteren sozial gebundenen Wohneinheiten.

Wir kritisieren außerdem, dass der städtische Zuschuss für den Bau von Sozialwohnungen im Umfang von 4 Mio Euro aus den Gewinnen der Bauverein AG genommen werden soll. Aus ihrem Haushalt stellt die Stadt nur 1 Mio Euro bereit. Die Idee des sozialen Wohnungsbaus ist es, aus dem allgemeinen Steueraufkommen Wohnungen für einkommensschwächere Haushalte zu bauen. Darmstadt stellt diesen Gedanken auf den Kopf: hier subventionieren stattdessen die einkommensschwächeren Mieterinnen und Mieter den sozialen Wohnungsbau.

In der laufenden Wahlperiode hat die Stadt erstmals in größerem Umfang Mittel eingesetzt, um Sozialbindungen an bereits bestehenden Wohnungen (zurück) zu kaufen. Dies sehen wir mit Skepsis, denn es besteht die Gefahr, dass bezahlbare Wohnungen im unteren Preissegment dem freien Wohnungsmarkt entzogen werden. Bindungskauf ist nur akzeptabel, wenn es um Belegungsrechte für besondere Zwecke geht oder wenn dadurch Sozialwohnungen in „wohlhabenderen“ Vierteln entstehen.

Auf dem Gelände des Lincoln-Village im Süden Bessungens soll ein neues Stadtviertel für knapp 3.000 Menschen entstehen. Dabei bleiben nun mehr Gebäude im Bestand erhalten als ursprünglich geplant. Das ist gut, denn in renovierten Bestandsbauten sind niedrigere Mieten zu erwarten als in Neubauten. 30% der Wohnungen sind für Studierende, Seniorinnen und Senioren, Menschen mit Behinderung und alternative Wohngruppen vorgesehen, nur 15 Prozent sollen mit Sozialbindung entstehen. Wir werden darauf drängen, dass ein großer Teil der verbleibenden 55% zu bezahlbaren Mieten angeboten werden kann. Bei der Entwicklung der Cambrai-Fritsch-Kaserne auf der anderen Seite der Heidelberger Straße muss sichergestellt werden, dass kein Luxusquartier, sondern eine gemischte Wohngegend mit sozial gefördertem und bezahlbarem Wohnraum entsteht.

Unsere wohnungspolitischen Forderungen:

- Bundesweite Wiederbelebung des sozialen Wohnungsbaus
- Bau von mindestens 250 neuen Sozialwohnungen pro Jahr in Darmstadt.
- Keine Zuschüsse für den sozialen Wohnungsbau aus Gewinnen der Bauverein AG
- Bindungskauf zur Schaffung von sozial gebundenem Wohnraum nur in Ausnahmefällen
- Möglichst viele sozial geförderte und bezahlbare Wohnungen auf den Konversionsflächen

## **Sozialgerechte Bodennutzung auch in Darmstadt**

In Darmstadt wird der soziale Wohnungsbau fast ausschließlich von öffentlichen Wohnungsbau-gesellschaften geleistet. Besonders in Zeiten mit niedrigen Zinsen und hoher Nachfrage nach Wohnungen sind vergünstigte Baudarlehen für private Investoren nicht attraktiv genug, um sich dafür bei der Miethöhe Einschränkungen auferlegen zu lassen. Doch es ist nach den Regeln des Baugesetzbuchs möglich, Investoren zum Bau von Sozialwohnungen oder von bezahlbarem Wohnraum zu verpflichten, wenn eine neue Bauleitplanung erstellt wird oder wenn die Stadt die Flächen verkauft oder verpachtet. Andere Städte wie z.B. München, Hamburg, Stuttgart oder Karlsruhe haben eine Sozialwohnungsquote in der Größenordnung von 20 bis 30 Prozent festgelegt, die die Bauherren über einen städtebaulichen Vertrag zusichern müssen. Dadurch wird nicht nur zusätzlicher bezahlbarer Wohnraum geschaffen, sondern auch für eine gute Mischung der Menschen verschiedener Einkommensgruppen gesorgt.

Die grün-schwarze Koalition hat den Antrag unserer Fraktion abgelehnt, nach dem Vorbild vieler anderer Städte ein Konzept zur „sozialen Bodennutzung“ zu erstellen, mit dem mehr sozial gebundener und bezahlbarer Wohnraum geschaffen werden kann. Stattdessen freut sich die Koali-



tion, dass eine Baulücke nach der anderen mit hochpreisigen Eigentumswohnungen zugebaut wird. Nicht einmal beim Verkauf des städtischen Grundstücks an der Radrennbahn, wo die teuren „Bessunger Logen“ gebaut wurden, hat die Stadt dem Investor soziale Auflagen erteilt.

Wir setzen uns dafür ein, dass künftig beim Verkauf oder der Verpachtung städtischer Flächen ein Konzeptverfahren angewendet wird, in dem die inhaltliche Ausrichtung des Bauvorhabens und nicht das finanzielle Höchstgebot entscheidend ist. Damit können sozial- und wohnungspolitisch verantwortungsvoll agierende Wohnungsunternehmen und -projekte bevorzugt werden, insbesondere auch kleinere Wohngenossenschaften. Die Flächen sollten vorzugsweise in Erbpacht vergeben werden, um die politische Steuerungsfähigkeit der Stadt langfristig zu erhalten.

Auch in Darmstadt werden einkommensschwächere Mieterinnen und Mieter aus ihren Wohnungen und ihren Vierteln verdrängt. Solche Prozesse werden bei fortgesetztem Wachstum der Stadt noch zunehmen. Um dem entgegen zu treten, sollten sozialen Erhaltungssatzungen gemäß §172ff BauGB für stark betroffene Wohngebiete erlassen werden. Damit bekommt die Stadt beim Verkauf bestehender Wohnungen Vorkaufsrecht oder kann ersatzweise Vereinbarungen mit dem Investor bezüglich Miethöhe, Umwandlung in Eigentumswohnungen und maßvoller Sanierung treffen.

Unsere Forderungen:

- Erstellung eines Konzepts zur sozialgerechten Bodennutzung nach dem Vorbild anderer Großstädte mit Mietenexplosion
- Verpflichtung für Investoren zum Bau von 30% Sozialwohnungen, wo immer dies rechtlich möglich ist.
- Anwendung eines Konzeptverfahrens bei Verkauf oder Verpachtung städtischen Baulands nach sozialen Kriterien.
- Vergabe von städtischen Flächen möglichst in Erbpacht anstelle des Verkaufs.
- Stopp der Mieter-Verdrängung durch den Erlass von sozialen Erhaltungssatzungen.

## **Die Bauverein AG in die Pflicht nehmen**

Die Bauverein AG ist die mit Abstand größte Wohnungsbaugesellschaft in Darmstadt und befindet sich fast vollständig im Besitz der Stadt. Das Unternehmen hätte die Möglichkeiten, die Mietpreisentwicklung zu dämpfen und den Mangel an bezahlbarem Wohnraum in Darmstadt zu lindern. Doch der ehemalige „Bauverein für Arbeiterwohnungen“ hat mit der Gründungsidee, für preiswerten Wohnraum zu sorgen, nicht mehr viel zu tun. Das Unternehmen hat sich weitgehend von der Gemeinnützigkeit verabschiedet und handelt stattdessen wie ein Privatunternehmen im Auftrag der Stadt.

Wir finden, die Bürgerinnen und Bürger können erwarten, dass ein gemeinnütziges Unternehmen die Mieterhöhungen nicht bis zu den Obergrenzen des Mietspiegels ausreizt und diesen damit auch für Alle nach oben treibt. Die Bauverein AG könnte stattdessen die allgemeine Mietpreisexplosion durch ein Mieten-Moratorium abbremsen. Sie könnte auf außerordentliche Mieterhöhungen bei internen Mieterwechseln verzichten. Und sie könnte nach dem Auslauf von Sozialbindungen die Miete in diesen Wohnungen nur sehr allmählich und nur im Zusammenhang mit Wohnwertverbesserungen anpassen.

Wir finden, die Mieterinnen und Mieter können erwarten, dass die Instandhaltung und die Mängelbeseitigung schnell und nachhaltig erfolgen. Sie können erwarten, dass Sanierungen behutsam durchgeführt werden, so dass die Mieterinnen und Mieter danach weiterhin ihre Wohnungen bezahlen können. Leider werden diese Erwartungen oftmals nicht erfüllt. Wir unterstützen

Mieterinnen und Mieter, die solche Probleme haben, in ihrem individuellen Fall und gegebenenfalls auch durch eine politische Initiative.

Die Bauverein AG präsentiert ihre Innovationskraft mit immer effizienteren Niedrigenergiehäusern. Wir würden uns wünschen, dass sie sich ebenso für die Konzeption und Erprobung von preisgünstigen Standards bei Neubau und Sanierung engagiert.

Wir stellen auch die erklärte Strategie der Bauverein AG in Frage, ihren Bestand an Mietwohnungen nicht weiter zu erhöhen, sondern nur noch qualitativ zu verbessern. Dazu sollen im Umfang des Neubaus ältere Einheiten durch sogenannte Mieterprivatisierung ausgegliedert werden. Dieses fälschlich so genannte Verfahren bedeutet jedoch, dass der Mieter ein Vorkaufsrecht für seine Mietwohnung bekommt. Wenn dieses Recht nicht in Anspruch genommen wird, veräußert die Bauverein AG die Wohnung an Dritte. Wir fordern, dass die Bauverein AG keine Mietwohnungen mehr privatisiert, sondern ihren Bestand erhöht, denn immer mehr Menschen können sich Wohneigentum nicht leisten.

Der finanzielle Spielraum für soziale Veränderungen der Geschäftspolitik ist vorhanden. Die Bauverein AG wurde 2013 von der grün-schwarzen Koalition verpflichtet, aus ihren Gewinnen oder aus der Rücklage regelmäßig 4 Mio Euro zum Bau von Sozialwohnungen aufzubringen, um die öffentlichen Zuschüsse für den Bau von Sozialwohnungen selbst zu finanzieren (siehe Kapitel III, S. 15). 2014 verzeichnete das Unternehmen einen Rekordgewinn von 20 Mio Euro, musste aber Dividenden in Höhe von 30 Mio Euro ausschütten. Um es anschaulich zu machen: allein der Aufwand für die Subvention der Sozialwohnungen entspricht für jede der 18.000 Mietparteien einem Spielraum von etwa 200 Euro pro Jahr, der in Form günstigerer Mieten oder verbesserter Dienstleistungen bei den Menschen ankommen könnte. Die außerordentliche Gewinnausschüttung entspricht mehr als 1.500 Euro pro Mieteinheit. DIE LINKE fordert, dass die Bauverein AG künftig nicht mehr dazu herangezogen wird, die öffentlichen Zuschüsse für Sozialwohnungen selbst zu finanzieren oder Verluste in anderen Bereichen der Stadtwirtschaft auszugleichen.

Wir werden immer wieder Druck machen, um die Bauverein AG an die soziale Verantwortung für die Einwohnerinnen und Einwohner der Stadt zu erinnern. Wir setzen uns ein für:

- Mieten-Moratorium mindestens bis zur Erstellung des nächsten Mietspiegels
- Konzentration der Neuinvestitionen auf die Schaffung preiswerten Wohnraums.
- Konzeption und Erprobung von preisgünstigen Baustandards
- Flächenhafte Blocksanierungen sind meist nicht im Interesse der Mieterinnen und Mieter, die danach mit einer höheren Miete konfrontiert sind. Die Sanierungen im Bürgerparkviertel und in der Postsiedlung sind hierfür Beispiele. Künftige Projekte dieser Art sind mit den Mietern abzustimmen und unterbleiben, wenn keine Übereinstimmung gefunden wird.
- Zeitnahe Durchführung der Instandhaltung, orientiert an den drängenden Problemen der Mieterinnen und Mieter
- Erhöhung des Mietwohnungsbestands, keine „Mieterprivatisierungen“
- Keine Ausschüttungen der Bauverein AG an die Stadt und an den Stadtkonzern

## **Raum für alternative Wohnformen**

In Darmstadt gibt es viele Projekte, die Möglichkeiten für gemeinschaftliches und selbstbestimmtes Wohnen schaffen wollen oder schon geschaffen haben. Ihnen geht es um das Zusammenleben von Menschen verschiedener Generationen, Kulturen und sozialer Herkunft. Sie wollen ökologisch bauen und Räume schaffen für Kommunikation und Kultur. Sie gründen sich als

Genossenschaften und integrieren Sozialwohnungen in ihr Konzept, damit Menschen mit kleinem Geldbeutel nicht ausgeschlossen werden. Sie brauchen Zugang zu den Konversionsflächen oder anderen Grundstücken, um ihre Vorstellungen zu verwirklichen. Die positiven Aspekte solcher selbst gewählten sozialen Zusammenschlüsse kommen auch den Menschen in der direkten Nachbarschaft zugute.

Die Stadt Darmstadt sollte solche neuen Formen des Wohnens und gemeinschaftlichen Lebens fördern, etwa durch die Beratung der Initiativen, durch Flächenbevorratung zum Schutz vor finanzstarken Investoren oder durch die Bereitstellung von Grundstücken in Erbbaupacht.

In Darmstadt gibt es auch einige Bauwagenplätze. Dort wollen junge Menschen mit meist geringem Einkommen ein selbstbestimmtes und gemeinschaftlich orientiertes Leben erproben. Einige von ihnen teilen ihre kulturellen Aktivitäten bei Konzerten und Lesungen mit der interessierten Haus-Bewohnerschaft Darmstadts. Wir sind froh, dass die Stadtpolitik gelernt hat, Toleranz gegenüber dieser Wohnform zu zeigen und in den letzten Jahren keine Räumungen mehr versucht wurden. Wir werden den Bauwägler/inne/n beistehen, wenn es neue Anläufe geben sollte, die Plätze zu räumen.

#### Kapitel IV – Daseinsvorsorge/Stadtwirtschaft

## **Öffentliches Eigentum stärken**

### **Rekommunalisierung statt Privatisierung**

DIE LINKE steht für eine Stärkung der öffentlichen Daseinsvorsorge und den Ausbau öffentlicher Einrichtungen und Dienstleistungen. Dazu gehört alles, was die Grundversorgung der Menschen garantiert: Kindertagesstätten und Schulen, Betreuung und Pflege von Kindern und Älteren, Gesundheitsversorgung, Wasser- und Energieversorgung, Abwasser- und Abfallentsorgung, die Sicherung von Mobilität, ein Bildungs- und Kulturangebot mit Bibliotheken und Museen, Sportanlagen und Schwimmbädern, sowie nicht zuletzt der Wohnungsbau. Wir wollen, dass alle Menschen Zugang haben zu diesen Gütern und Leistungen – und nicht nur die, die es sich leisten können. Die Grundversorgung muss erschwinglich und in jeder Hinsicht für alle Einwohnerinnen und Einwohner offen und barrierefrei sein.

Privatisierung und Kommerzialisierung der Daseinsvorsorge führen dazu, dass die Qualität der Dienstleistungen zurückgeht und die Gebühren steigen. Gleichzeitig werden die Arbeitsbedingungen und die Entlohnung der Beschäftigten verschlechtert. Und hinterher muss die Kommune oft noch draufzahlen, anstatt die erwarteten Einsparungen zu realisieren.

Auch in Darmstadt sind Teile der Daseinsvorsorge privatisiert worden. Nach dem Umbau des HEAG-Konzerns im Jahr 2000 gehörte ein Anteil von 40 Prozent des Energieversorgers HSE AG der Thüga AG und somit dem Energiekonzern e.on. Es war richtig, dass dieser Anteil zurückgekauft wurde. Leider belasten nun die Zins- und Tilgungszahlungen für den Rückkaufpreis das Ergebnis der HSE. Somit tragen wir heute die Kosten für Fehlentscheidungen in der Vergangenheit. Daher darf sich die Privatisierung nicht wiederholen. Die HSE muss als Ganzes in der Hand des Stadtkonzerns bleiben und nicht wieder in Teilen verkauft werden.

DIE LINKE setzt sich auf allen Ebenen für eine gut bewirtschaftete und transparente öffentliche Daseinsvorsorge ein, die eine sozial gerechte Versorgung für alle Menschen gewährleistet. Eine flächendeckende Versorgung in guter Qualität ist auch dann sicherzustellen, wenn sie sich

scheinbar „nicht rechnet“. Deshalb wendet sich DIE LINKE entschieden gegen den weiteren Verkauf kommunalen Eigentums, und tritt dafür ein, öffentliche Aufgaben in die Verantwortung der öffentlichen Hand, vorwiegend der Kommunen zurückzuholen.

Vor diesem Hintergrund lehnen wir Freihandelsabkommen wie TTIP, CETA und TISA ab. Diese Abkommen würden die weitere Liberalisierung des Marktzugangs erzwingen, die Kommunen zur Ausschreibung ihrer Dienstleistungen zwingen und staatliche Beihilfen angreifbar machen. Dadurch würden die öffentlichen Unternehmen zurückgedrängt, und es droht Verschlechterungen der Versorgungsqualität und der Arbeitsbedingungen. Ein wichtiger Bestandteil dieser Abkommen sind Regelungen, die Rekommunalisierungen bereits privatisierter Bereiche untersagen. Diese Einschränkung der Demokratie ist nicht hinnehmbar.

## **Den Stadtkonzern resozialisieren!**

Die Überführung von kommunalen Betrieben in privatrechtliche Kapitalgesellschaften (GmbH oder AG) unter Beibehaltung des öffentlichen Eigentums ist eine formale Privatisierung. Auch diese führt dazu, dass Gewinnstreben und kommerzielle Interessen die Oberhand gewinnen, obwohl die Stadt Mehrheitseigentümerin bleibt. Außerdem entzieht dieser Schritt der Stadtverordnetenversammlung die Möglichkeit zur Kontrolle und Mitwirkung an der Geschäftspolitik des Unternehmens. Sie ist zwar an der Wahl der Unternehmensführung beteiligt, die dann aber weitgehend unabhängig von der Stadtverordnetenversammlung handelt und keine Rechenschaft ablegen muss. Außerdem kann der formale Wechsel zu einer privaten Rechtsform die tatsächliche Übernahme des Unternehmens durch einen privaten Investor vorbereiten.

Ein großer Teil der städtischen Wirtschaftskraft ist auf diese Weise privatwirtschaftlich verfasst und damit der demokratischen Kontrolle entzogen. Allein die großen Unternehmen wie die HSE AG, die Bauverein AG, die HEAG mobilo GmbH und die Klinikum Darmstadt gGmbH vereinen ein Eigenkapital von etwa 700 Mio Euro. Diese Unternehmen erwirtschaften zwar eine Rendite für die Stadt, entziehen sich aber meist der sozialen Verantwortung. Viele Mieterinnen und Mieter in Darmstadt spüren das bei der Bauverein AG. Das Klinikum Darmstadt wurde 2009 von einem Eigenbetrieb in eine gemeinnützige GmbH umgewandelt. Wir befürchten, dass sich dies als der erste Schritt zum Verkauf an einen privaten Gesundheitskonzern erweisen wird.

Umgekehrt wurden private Firmen wie das Busunternehmen Glück & Seitz oder der Anlagenbauer Nohl aufgekauft und in den Stadtkonzern eingegliedert, die eine in die HEAG mobilo und die andere als Wärmetechnik-Sparte in die HSE. Ziel war dabei, die schlechteren Tarife der Privatunternehmen mit einzukaufen. Die bisherigen Beschäftigten mussten in die neuen Unternehmenstöchter wechseln und wurden auf deren Tarifniveau hinabgedrückt. Im Falle der HEAG mobilo wurden die Löhne zunächst um ein Drittel verschlechtert, bis sich die Kolleginnen und Kollegen durch einen massiven Streik eine deutliche Verbesserung erkämpfen konnten. Solche Methoden der Lohn-drückerei im Stadtkonzern sind skandalös und haben mit sozialer Verantwortung nichts zu tun.

Bei der Vergabe von Verkehrsleistungen ist die Direktvergabe einer Ausschreibung stets vorzuziehen. Kosteneinsparungen durch Ausschreibungen im ÖPNV laufen im Wesentlichen über die Absenkung des Lohnniveaus. Eine solche Sanierung des Nahverkehrs auf dem Rücken der Beschäftigten lehnen wir ab.

Wir wollen, dass die städtischen Unternehmen den Einwohnerinnen und Einwohnern gute, preiswerte und allen zugängliche Leistungen erbringen. Wir wollen, dass sie den Beschäftigten gute Arbeit und angemessene Entlohnung bieten. Deshalb ist für Unternehmen, die Aufgaben der öffentlichen Daseinsvorsorge erfüllen, eine Rechtsform zu wählen, die demokratische Kontrolle und Mitbestimmung durch das Kommunalparlament ermöglicht. Eine Möglichkeit ist die Rück-

führung in einen städtischen Eigenbetrieb. Für die großen Unternehmen des Stadtkonzerns kann eine größere finanzielle und organisatorische Eigenständigkeit erforderlich sein. Für diese Anforderungen wurde in vielen Bundesländern das öffentlich-rechtlichen Kommunalunternehmen eingeführt, das in Hessen leider nicht vorgesehen ist. Die Landespolitik ist gefragt, diese Lücke zu schließen.

Mangels Transparenz und direkter Einflussmöglichkeiten durch die Stadtverordneten können viele konkrete Forderungen, die sich an die stadteigenen Unternehmen richten, im parlamentarischen Verfahren kaum durchgesetzt werden. Wir wollen deshalb zusammen mit Einwohnerinnen und Einwohnern und Beschäftigten in der öffentlichen Auseinandersetzung entsprechenden politischen Druck erzeugen.

Wir fordern:

- Gemeinwohlorientierung und demokratische Kontrolle durch die Stadtverordnetenversammlung bei allen städtischen Unternehmen
- Überführung privatwirtschaftlich verfasster städtischer Unternehmen in Eigenbetriebe oder in öffentlich-rechtliche Kommunalunternehmen
- Keine Lohndrückerei im Stadtkonzern, keine Leiharbeit und keine Werkverträge
- Offenlegung aller Nebeneinkünfte der haupt- und ehrenamtlichen Kommunalpolitikerinnen und -politiker aus ihrer Tätigkeit bei den städtischen Firmen

## **Öffentlich-Private Partnerschaft nützt nur den Investoren**

Eine Variante der Privatisierung ist die Öffentlich-Private Partnerschaft (ÖPP, englisch: PPP). Dabei werden private Investoren an öffentlichen Projekten beteiligt. Ihr Kapital soll die öffentlichen Kassen entlasten. Doch bei genauerem Hinsehen entpuppt sich ÖPP als ein verdeckter Kredit: Anstelle von Zinsen zahlt die Stadt langfristig festgelegte Mieten an den Investor, der das Geld vorgestreckt hat. Und da der Investor den Zins für seine eigenen Kapitalkosten in die Miete einrechnet, zahlt die öffentliche Hand gleich zweimal Zinsen. Für den Landkreis Offenbach, der seine Schulsanierung über ÖPP finanziert hat, hat sich dieses Konzept als Desaster entpuppt. Und schließlich werden nicht einmal die Risiken eines ÖPP-Projekts vom Investor getragen: Es gibt zahlreiche Fälle, in denen die Kommune gezwungen war, aufgrund gestiegener Kosten zu ihren Ungunsten nachzuverhandeln. ÖPP ist ein anderes Wort für „Gewinne privatisieren, Verluste sozialisieren“.

Deshalb lehnt DIE LINKE die Finanzierung von öffentlichen Projekten über ÖPP entschieden ab. Eigene Investitionen sind langfristig in jedem Fall günstiger und weniger riskant.

In Darmstadt stand die Finanzierung der Sanierung und Erweiterung des „Berufsschulzentrums Nord“ durch ÖPP zur Diskussion. Davon hat die Koalition mittlerweile Abstand genommen. DIE LINKE wird weiterhin darauf bestehen, dass ÖPP in Darmstadt nicht zum Einsatz kommt.

## **Für eine gute öffentliche Gesundheitsversorgung**

Bund und Länder haben in den vergangenen zwei Jahrzehnten den finanziellen Spielraum aller Krankenhäuser in Deutschland eingeschränkt. Gedeckelte Budgets, pauschalisierte Leistungsvergütung ohne Rücksichtnahme auf die örtlichen Begebenheiten sowie ein Investitionsstau von mindestens 12 Mrd Euro bundesweit haben dafür gesorgt, dass der Kosten- und Wettbewerbsdruck zugenommen hat. Das Ergebnis war die Vernichtung von über 100.000 Arbeitsplätzen in den letzten Jahren sowie eine weltweit einmalige Privatisierungswelle. Die Gewerkschaft ver.di hat ausgerechnet, dass in den Kliniken in Deutschland 162.000 Vollzeitbeschäftigte fehlen, mit

den entsprechenden Folgen für die Versorgungsqualität der Patientinnen und Patienten und die Arbeitsbedingungen der Beschäftigten. Dies ist auch in Darmstadt spürbar.

Mit der Umwandlung des Klinikums Darmstadt von einem Eigenbetrieb zu einer gemeinnützigen GmbH im Jahr 2009 wurde der Betrieb formal privatisiert. DIE LINKE lehnte diesen Schritt ab, da die Ausrichtung auf Markt und Wettbewerb mit dem Auftrag eines öffentlichen Krankenhauses unvereinbar ist. Unter dem Diktat einer grundfalschen Gesundheitspolitik der Bundes- und Landesregierung hat die Geschäftsführung des Klinikums seitdem den Druck auf die Beschäftigten erhöht: Mehr Patienten müssen von weniger Personal versorgt werden. Gerechtfertigt wurde die Umwandlung in eine gGmbH auch mit dem angeblichen Zwang, „effiziente“ und „marktgerechte“ Strukturen zu schaffen, die in einem Eigenbetrieb unter demokratischer Kontrolle nicht möglich seien. Damit sollte das Unternehmen in die schwarzen Zahlen geführt werden. Gelungen ist dies bis heute nicht. Stattdessen musste der Geschäftsführer wegen seines autokratischen Führungsstils entlassen werden.

ver.di fordert im „Bad Dürkheimer Appell“, dass endlich gesetzliche Vorgaben für die Personalbemessung eingeführt werden. Insbesondere sollen Stationen auch nachts, an Wochenenden und Feiertagen immer mit mindestens zwei Pflegefachpersonen besetzt sein, und die Krankenhäuser sollen über ihre Personalausstattung berichten. Wir wollen, dass diese Rahmenbedingungen unabhängig von einer gesetzlichen Regelung im Darmstädter Klinikum umgesetzt werden. Keinesfalls darf weiteres Personal abgebaut werden.

Klinikverbände können ein Mittel sein, um die öffentlichen Einrichtungen des Gesundheitswesens zu stärken. Vor diesem Hintergrund war der Ankauf des Marienhospitals und der St.-Rochus-Klinik in Dieburg sinnvoll. Allerdings ist zu kritisieren, dass das kirchliche Arbeitsrecht in beiden Häusern weiter fortbesteht. Dieses lässt keine Streiks zu und führt zu einem deutlich abgesenkten Lohnniveau. Außerdem können kirchliche Einrichtungen ihren Beschäftigten Vorschriften für die Lebensführung machen. In der St.-Rochus-Klinik läuft die Ausnahmeregelung 2019 aus. Wir wollen, dass auch die Beschäftigten des Marienhospitals schnellstmöglich nach öffentlich-rechtlichen Tarifen bezahlt und arbeitsrechtlich gleichgestellt werden.

Der Hebammenberuf ist durch eine Kostenexplosion bei der Haftpflichtversicherung und nicht entsprechend angepasste Leistungen der Krankenkassen in seiner Existenz gefährdet. Damit wird das Recht der Frauen auf selbstbestimmte Geburt und freie Wahl des Geburtsorts in Frage gestellt. Um eine tragfähige Lösung zu finden, braucht es politischen Willen auf höheren Ebenen. Doch die Kommunen können Nothilfe leisten: die Stadt Marburg beispielsweise bezuschusst außerklinische Geburten mit einem Betrag von 100 Euro für Geburtshäuser und 200 Euro für Hausgeburten. Für eine solche Lösung wird sich DIE LINKE auch in Darmstadt einsetzen.

Wir setzen uns ein für:

- Bezuschussung von Hebammen nach dem „Marburger Modell“, falls nicht endlich eine bundesweite Lösung gefunden wird.
- Ausreichende Investitionen des Landes Hessen in die Krankenhäuser im Rahmen der gesetzlich vorgesehenen Krankenhausfinanzierung.
- Rückumwandlung des Darmstädter Klinikums in einen städtischen Eigenbetrieb oder ein öffentlich-rechtliches Kommunalunternehmen
- Wieder-Eingliederung der Service-Bereiche Hauswirtschaft, Gebäudereinigung und Verpflegung in den Tarif des öffentlichen Dienstes
- Keine weiterer Personalabbau im Städtischen Klinikum, stattdessen ausreichende Personalbemessung entsprechend dem „Bad Dürkheimer Appell“ auch ohne bundesgesetzliche Regelung

## **Gute Bildung und Raum zur Selbstverwirklichung!**

Die verschärfte Spaltung der Gesellschaft trifft Kinder und Jugendliche aus armen Familien besonders hart. Schon in jungen Jahren lernen sie, was es bedeutet, sozial ausgegrenzt zu sein. Diese Erfahrung prägt ein Leben lang.

Bildung ist eine wichtige Voraussetzung für die Teilhabe an der Gesellschaft. Doch in keinem anderen hochentwickelten Land auf der Welt hängt der zukünftige Bildungs- und Lebensweg eines Kindes so stark vom Geldbeutel und Bildungsstand der Eltern ab wie in Deutschland. Wir sind davon überzeugt, dass sich dieses Übel nur durch einen Umbau des Bildungswesens insgesamt verändern lässt. Dazu müssen die Weichen auf bundes- und landespolitischer Ebene gestellt werden. Dies entbindet die Kommunalpolitik jedoch nicht von ihrer Verantwortung, alles in ihrer Macht Stehende zu tun, damit der sozialen Ungerechtigkeit im Bildungssystem ein Ende bereitet wird.

Für Kinder und Jugendliche steht die Bildung im Zentrum unserer politischen Anstrengungen. Wir streiten für eine flächendeckende, gebührenfreie und qualifizierte Bildung von der Kinderkrippe bis zum Einstieg ins Berufsleben. Gemeinsames Lernen für Alle bis zur 10. Klasse ist das wichtigste bildungspolitische Ziel der LINKEN, das jedoch nicht kurzfristig und nicht auf kommunaler Ebene durchzusetzen ist. Die Voraussetzungen dafür können jedoch z.B. durch die Einrichtung weiterer integrierter Gesamtschulen geschaffen werden. Öffentliche Frei(zeit)räume für Kinder und Jugendliche müssen erhalten und ausgebaut werden. Die Seniorinnen und Senioren brauchen Strukturen im Nahbereich, damit sie so lange wie möglich in ihrer Wohnung bleiben können und dabei in das Leben in ihren Vierteln einbezogen sind.

### **Krippe, Kita, Kinderhort: Für Bildungsgerechtigkeit von Anfang an**

In den letzten Jahren sind der Ausbau und die Förderung der frühkindlichen Bildung in den Vordergrund gerückt. Die Stadt Darmstadt hat einiges in diesen Bereich investiert und Personal aufgebaut. Doch auch hier muss es gerecht zugehen. Soziale Gerechtigkeit erfordert, dass die Erzieherinnen und Erzieher soziale Anerkennung, gute Arbeitsbedingungen und auskömmliche, tarifgebundene Löhne erhalten (siehe auch S. 8). Alle Eltern, ob arm oder reich, müssen die Möglichkeit haben, ihre Kinder bereits früh betreuen und fördern zu lassen.

Für viele Familien sind Kinder ein Armutsrisiko. Immer mehr Haushalte sind auf zwei Gehälter angewiesen. Diese Familien und natürlich auch Alleinerziehende brauchen ein flächendeckendes Betreuungsangebot, um neben der Erziehung des Nachwuchses auch ihre materielle Existenz zu sichern. Doch die Betreuung von Kleinkindern muss mehr leisten, als sie nur zu „parken“, damit Mutter oder Vater ihrer Arbeit nachgehen können. Kinder müssen darin gefördert werden, gemeinsam mit Gleichaltrigen wie Erwachsenen ihre Fähigkeiten zu entwickeln. Dabei muss der individuelle Bedarf jedes Kindes berücksichtigt werden, so dass sie unabhängig von ihrem familiären Hintergrund möglichst gleiche Voraussetzungen für den späteren Schulbesuch und die weitere Entwicklung haben. Dabei sollen die Kinder aber auch Kinder bleiben dürfen: Die Förderung von Neugier und Entdeckerfreude darf weder der Massenbetreuung noch der Überforderung durch vorschulischen Leistungsdruck zum Opfer fallen. Wir wollen, dass auch und gerade die Kinder, deren Eltern von Erwerbslosigkeit betroffen sind, in den Genuss einer qualifizierten Betreuung kommen. Besonders wichtig ist dies für den Nachwuchs der Eltern, die nicht aus Deutschland stammen, denn eine gute frühkindliche Bildung fördert sehr stark die Integration.

In Darmstadt lebten Ende 2014 ca. 4.300 Kinder unter drei Jahren. Für diese gibt es gut 1.500 Betreuungsplätze. Damit ist der Versorgungsgrad im Laufe der letzten 5 Jahre von 25 auf 35 Prozent gestiegen und liegt im hessischen Durchschnitt. 400 Betreuungsplätze werden zusätzlich von Tagesmüttern angeboten. Auch wenn die Bundesregierung Kinderkrippen und Tagesmütter formal gleich gestellt hat, bieten sie unterschiedliche Bedingungen für Kinder, Eltern und Betreuende. Tagesmütter können zeitlich sehr flexibel betreuen. In Kinderkrippen heben die Teamarbeit und der Austausch zwischen den Erzieherinnen und Erziehern die Qualität der Betreuung.

Angesichts des Wachstums unserer Stadt ist ein weiterer Ausbau der Kinderkrippen notwendig, wobei der Schwerpunkt auf öffentlichen Einrichtungen liegen sollte. Den prekären Arbeitsverhältnissen von Tagesmüttern, die oft selbständig bei Stundenlöhnen von sieben bis zehn Euro arbeiten, stellen wir die Perspektive einer Festanstellung durch die Stadt oder andere Träger entgegen. Die hierfür vorgesehenen Förderprogramme sind zu nutzen.

Bei Kindertagesstätten liegt das Versorgungsangebot in Darmstadt bei über 90 Prozent. In diesem Bereich muss jedoch das Wachstum der Stadt berücksichtigt werden. Auch ist für ein innerhalb der Stadtteile ausgeglichenes Angebot zu sorgen. Dies ist gerade für Familien mit geringen Einkommen wichtig, da diese meist nicht die Mittel haben, ihre Kinder in weiter entfernte Einrichtungen zu bringen.

Der Betreuungsschlüssel (Kinder pro Erzieher/in) muss verbessert werden. Aufgrund von Personalmangel können Sprachförderungsprogramme teilweise schon nicht mehr umgesetzt werden. Ideal ist ein Schlüssel von 1:3 in Kinderkrippen (0-3 Jahre), von 1:8 in Kitas (3-6 Jahre) und von 1:12 in Kinderhorten, wobei die Vor- und Nachbereitungszeiten herausgerechnet werden müssen. In Darmstadt sind die Schlüssel zwar etwas besser als vom hessischen KiFöG vorgesehen (1:5 für Krippen, 1:14 für Kitas), aber noch weit von wünschenswerten Verhältnissen entfernt.

Die Kinder der Geflüchteten, die nun in größerer Zahl in unsere Stadt kommen, stellen die Einrichtungen vor neue Herausforderungen. Es geht um Spracherwerb, um den Umgang mit Traumatisierungen und um den Umgang mit der unsicheren Lage. Diesen Kindern müssen wir eine Zukunft in Deutschland oder in ihren Herkunftsländern ermöglichen. Dies darf aber nicht auf Kosten der allgemeinen Qualität der Kinderbetreuung gehen, sondern muss durch zusätzliche Soforthilfe zur Unterstützung des Personals an Kitas und Schulen erfolgen. Die daraus gewonnenen Erfahrungen können auch hilfreich sein, um allgemein Probleme von anderen Kindern aus schwierigen Verhältnissen zu überwinden.

Der Besuch von Kinderkrippe, Kita und Kinderhort muss gebührenfrei sein, um den Zugang für alle Kinder zu ermöglichen. Es geht zunächst um einen Einnahmehausfall von 4,5 Mio Euro für die städtischen Einrichtungen. Hinzu käme ein erhöhter Zuschussbedarf für die freigemeinnützigen Träger und die Elterninitiativen in ähnlicher Größenordnung. Um dies zu stemmen, sind wie in Rheinland-Pfalz landesgesetzliche Regelungen und Zuschüsse des Landes erforderlich. Dies ist gerechtfertigt, weil die Einrichtungen verstärkt Aufgaben der frühkindlichen Bildung übernehmen und Bildung zu den Aufgaben des Landes zählt.

Als kurzfristige Alternative zur Gebührenfreiheit für Alle fordern wir dies für die Kinder einkommensschwächerer Familien.

DIE LINKE macht sich stark für:

- Weiterer Ausbau der U3-Krippenplätze
- Bedarfsgerechte Verteilung des Betreuungsangebots für Kinder bis 12 Jahre in den verschiedenen Stadtteilen



- Verbesserung der Betreuungsschlüssel
- Soforthilfe für die Integration der Kinder von Geflüchteten
- Gebührenfreiheit für Kinder aus einkommensschwachen Familien ab dem ersten Kind
- Perspektivisch: Gebührenfreiheit der Kinderbetreuung in Krippen, Kitas und Horten

## **Kommunale Schulpolitik ist mehr als Immobilienmanagement**

Die Herstellung gleicher Entwicklungsvoraussetzungen und Entfaltungsmöglichkeiten für alle Kinder steht im Zentrum linker Schulpolitik. Schülerinnen und Schüler müssen in ihren Fähigkeiten individuell gefördert werden. Hierfür braucht es engagierte Lehrerinnen und Lehrer. Es braucht aber auch ein Schulsystem, das Engagement erlaubt und fördert. Chancengleichheit wird am Besten in integrierten Gesamtschulen umgesetzt. In diesen ist längeres gemeinsames Lernen zum Vorteil aller Schülerinnen und Schüler möglich. DIE LINKE tritt daher für eine Stärkung dieser Schulform in Darmstadt ein.

Die Schulen in Darmstadt werden auch von Schülerinnen und Schülern aus den Gemeinden im Umland besucht. Deshalb bilden die Stadt Darmstadt und der Landkreis Darmstadt-Dieburg schon seit geraumer Zeit eine gemeinsame Bildungsregion. Für die überfällige Aufgabe, diese zu gestalten, wurde Ende 2012 ein Bildungsbeirat eingesetzt, um eine beteiligungsorientierte Planung der Bildungslandschaft mit den relevanten gesellschaftlichen Gruppen zu ermöglichen.

Allerdings mussten die Betroffenen bereits bei der Diskussion um den Schulentwicklungsplan für die Berufsschulen feststellen, dass diese Beteiligungsorientierung nicht das Ziel hatte, Entscheidungen zur Schullandschaft zu beeinflussen. Ohne den Beirat einzubeziehen wurde ein Gutachten in Auftrag gegeben, das die Zerschlagung von bestehenden Bildungsinstitutionen wie der Alice-Eleonoren-Schule zum Ziel hatte. Doch der massive Protest der Schülerinnen und Schüler hat gezeigt, dass sich Schulpolitik nicht als Immobilienmanagement betreiben lässt. Schulgemeinschaften lassen sich nicht beliebig in Einzelteile zerlegen und räumlich verschieben. Raum- und Gebäudekonzepte müssen den pädagogischen Anforderungen und Konzepten folgen, nicht umgekehrt.

Im Bereich der Berufsschulen ist eine verstärkte Privatisierungstendenz festzustellen: von den 14 beruflichen Schulen in Darmstadt sind nur sieben öffentlich. 15% der beruflichen Schülerinnen und Schüler besuchen eine der privaten Schulen, für die meist Schulgeld entrichtet werden muss. Es ist auffällig und sicher nicht zufällig, dass diese Privatisierung sich vor allem in „Frauenbranchen“ abspielt. Die Landesregierung hat diese Tendenz unterstützt, indem sie zunächst die Einrichtung eines Fachgebiets „Gesundheit“ an der staatlichen Heinrich-Emanuel-Merck-Schule verweigerte, nun aber einen ähnlichen Ausbildungsgang an der Pädagogischen Akademie Elisabethenstift genehmigt hat und mitfinanziert. Auch die Zerschlagung der Alice-Eleonoren-Schule würde Schülerinnen und Schüler an private Berufsschulen verschieben. Wir wenden uns gegen die Privatisierung der beruflichen Bildung und wollen den privaten Berufsschulen keinen weiteren Raum geben.

Kommunale Schulpolitik muss sicherstellen, dass die Schülerinnen und Schüler in der Stadt und im Landkreis jede mögliche Schulform und schulformbezogene Schwerpunktbildung durch die Nutzung des ÖPNV in angemessenen Fahrtzeiten erreichen können. Derzeit ist die Schullandschaft in Darmstadt jedoch vor allem durch die Privilegierung der gymnasialen Schulform geprägt, die integrierte Gesamtschule als zukunftsweisende Schulform des gemeinsamen Lernens jedoch weit unterrepräsentiert.

Wir schlagen die Einrichtung einer zusätzlichen integrierten Gesamtschule mit naturwissenschaftlich-technischer Schwerpunktbildung in Darmstadt vor. Sie muss durch gute Innenstadt-lage für Schülerinnen und Schüler aus der Stadt und aus dem Landkreis problemlos erreichbar sein. Diese Schule soll als Modell mit überregionaler Ausstrahlungskraft mit fortschrittlichem pädagogischen Konzept und einer engen Kooperation mit den Darmstädter Forschungseinrichtungen in unserer Schullandschaft verankert werden.

70 Prozent der Eltern wünschen sich echten Ganztagsunterricht für ihre Kinder. Der „Pakt für den Nachmittag“ führt leider nicht in diese Richtung: er dient lediglich der Nachmittagsbetreuung und untergräbt den Ausbau von Ganztagschulen. DIE LINKE tritt ein für einen Rechtsanspruch der Eltern auf einen Platz in einer gebundenen Ganztagschule und fordert stärkere Anstrengungen der Stadt, die Darmstädter Schulen zu wirklichen Ganztageinrichtungen weiter zu entwickeln.

Die Stadt muss durch bessere Ausstattung der Schulen ihren Teil dazu beitragen, dass aus Lehranstalten Lebensräume werden. Mitunter sind sogar die Schultoiletten in einem skandalösen Zustand. Es ist nicht akzeptabel, wenn deren Sanierung über Jahre hinausgeschoben wird. Die dringend notwendige Erweiterung der Informations- und Medientechnik an allen Schulen muss nicht nur den heutigen Bedarf abdecken, sondern auch Unterrichtskonzepte der Zukunft unterstützen.

Ein wichtiger Aspekt ist die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention. In dieser geht es um Inklusion, also das gemeinsame Lernen behinderter und nichtbehinderter Kinder anstelle der Ausgrenzung in „Förderschulen“. Dies betrifft nicht nur Menschen mit Behinderung, sondern auch besonders förderungsbedürftige Kinder werden viel zu schnell mit einer Lernschwäche abgestempelt und in die „Förderschule“ gedrängt. Leider steht die Inklusion in Hessen unter Ressourcenvorbehalt, d.h. sie wird nur dann entsprechend der Vorgaben der UN-Konvention durchgeführt, wenn die Mittel dafür vorhanden sind. Mehr und mehr wird deutlich, dass die inklusive Beschulung zu einem Kürzungsprogramm pervertiert worden ist: so werden Inklusionsklassen nicht oder nicht ausreichend verkleinert, oder die erforderliche zusätzliche Betreuung bleibt aus. Inklusion droht sich zum Nachteil der betroffenen Kinder zu wenden. Das Ziel der Abschaffung des Förderschulsystems rückt in weite Ferne.

Lehr- und Informationsveranstaltungen der Bundeswehr dienen nicht der politischen Bildung, sondern erfüllen den Zweck einer indirekten Nachwuchswerbung und Legitimation von Kriegseinsätzen. Die hessische Verfassung ächtet aber in Artikel 69 den Krieg. Daher protestiert DIE LINKE gegen „Bundeswehreinsätze“ an Darmstädter Schulen.

DIE LINKE fordert:

- Stärkung der integrierten Gesamtschulen in Darmstadt und Einrichtung einer solchen mit Modellcharakter im naturwissenschaftlich-technischen Bereich
- Strukturelle Förderung von Grund-, Gesamt- und Berufsschulen, die sich in einer Neubewertung des Schulbausanierungsplans niederschlagen muss
- Keine Zerschlagung der Alice-Eleonoren-Schule
- Umsetzung der UN-Behindertenkonvention bezüglich der Inklusion an Darmstädter Schulen
- Bedarfsgerechter Ausbau der Nachmittags- und Ganztagsangebote an Darmstädter Schulen in echtem Ganztagsunterricht
- Bundeswehr raus aus unseren Schulen!

## **Ausbildung und Übernahme – Die Stadt muss Vorbild sein**

Die Krise auf dem Ausbildungsmarkt ist noch nicht zu Ende, auch wenn Politikerinnen und Politiker, Handwerkskammer und IHK das Gegenteil behaupten. Weiterhin gehen Bewerberinnen und Bewerber leer aus. Viele haben die Suche aufgegeben oder sind im frustrierenden Übergangssystem von so genannten Fördermaßnahmen hängen geblieben. Andere fallen aus der Statistik vorübergehend heraus, weil sie weiter die Schule besuchen, ein Studium oder Praktikum begonnen haben, Wehrdienst leisten oder ungelernt einer Arbeit nachgehen.

Um die Lage für die an einer Ausbildung interessierten Jugendlichen in Darmstadt zu verbessern, muss die Stadt die Vergabe öffentlicher Aufträge an die Ausbildungsbereitschaft der Unternehmen knüpfen: Öffentliche Aufträge werden nur an Unternehmen vergeben, die gut ausbilden. Gute Ausbildung ist dabei mehr als nur die Einhaltung von gesetzlichen Bestimmungen. Die Jugendlichen dürfen in den Betrieben nicht als billige Arbeitskräfte ausgenutzt werden.

Außerdem muss die Stadt Darmstadt Vorbild sein bei Ausbildung und Übernahme. Zurzeit beträgt die Ausbildungsquote der Kernverwaltung 2,8% bei den Angestellten und 1,7% bei den Beamt/inn/en. Beim größten Eigenbetrieb, dem EAD, sieht es noch etwas schlechter aus. Da für viele Stellen die Ausbildung nicht im dualen System, sondern z.B. an Hochschulen erfolgt, oder in anderen Bereichen wie der Müllabfuhr keine Ausbildung erforderlich ist, kann die für einen reinen Ausbildungsbetrieb zu fordernde Quote von 7% hier nicht erreicht werden. Wir halten 4% für eine realistische Zielgröße und fordern, dass die Ausbildungsquote entsprechend erhöht wird. Diese Auszubildenden müssen nach der Ausbildung übernommen werden.

Grundsätzlich müssen alle Jugendlichen die Möglichkeit zu einer qualifizierenden Ausbildung bekommen. Dafür sehen wir die Arbeitgeber in der Pflicht. Wir setzen uns dafür ein, dass die Stadt Darmstadt die wichtige Forderung der DGB-Jugend nach einem Grundrecht auf Ausbildung unterstützt.

DIE LINKE fordert:

- Vergabe öffentlicher Aufträge nur an ausbildende Unternehmen
- Erhöhung der städtischen Ausbildungsquote auf 4 Prozent
- Übernahme aller städtischen Auszubildenden
- Für ein Grundrecht auf Ausbildung!

## **Raum für Freizeitgestaltung und Engagement**

Kinder und Jugendliche brauchen neben guter Bildung auch offene, nicht-kommerzielle Freizeitmöglichkeiten und demokratische Teilhabe an der Gesellschaft. Ihre Interessen müssen bei den Planungen und Projekten der Stadt berücksichtigt werden.

Ein Beispiel für demokratische Teilhabe von Jugendlichen ist der Stadtschüler\*innenrat in Darmstadt. Er ist das wichtigste jugendpolitische Sprachrohr in unserer Stadt, denn er vertritt die Interessen von 30.000 Schülerinnen und Schülern. Dieses Gremium muss bei jugendpolitischen Entscheidungen berücksichtigt werden und bedarf einer angemessenen finanziellen und räumlichen Ausstattung. Das gleiche gilt für den Stadtjugendring, der die Interessen von Jugendgruppen und -verbänden bündelt.

Kürzungen bei Kinder- und Jugendeinrichtungen sind für uns tabu. Die 20-prozentige Haushaltssperre für die Einrichtungen muss endlich aufgehoben werden. Für das Jugend- und Kulturzentrum in der Oetinger Villa fordern wir die Einrichtung einer Planstelle für die Geschäftsführung.

Für eine gesunde Entwicklung müssen Kinder und Heranwachsende ihren natürlichen Bewegungsdrang ausleben können. Dies dient nicht nur ihrer gesunden körperlichen, sondern darüber hinaus auch ihrer geistigen, emotionalen und sozialen Entwicklung. Zu viel Medienkonsum, unausgewogene Ernährung und psychischer und sozialer Stress haben zur Folge, dass zwei Drittel aller Kinder und Jugendlichen sich zu wenig bewegen. Jugendliche finden aber auch zu wenige altersgerechte Freizeitangebote im öffentlichen Bereich. Proben von Mut und Kraft finden oft auch an hierfür nicht vorgesehenen Stellen statt: Verkehrsschilder, Wartehallen und für Kinder ausgelegte Spielgeräte. Es müssen Spiel- und Bewegungsräume geschaffen werden, in denen Jugendliche spontan ihr Bewegungsbedürfnis ausleben können. Dazu können öffentliche Sportparks u.a. mit Klettermöglichkeiten für ältere Jugendliche dezentral in Grünanlagen errichtet werden.

Auch Erwachsene brauchen Begegnungsstätten, um ihre Freizeit zu verbringen. Daran mangelt es in einigen Stadtteilen. So gibt es in Eberstadt Süd keinen Raum für Feste und andere größere kulturelle Veranstaltungen.

DIE LINKE setzt sich ein für:

- Berücksichtigung des Stadtschüler\*innenrats und des Stadtjugendrings bei jugendpolitischen Entscheidungen
- Sicherstellung von Fördermitteln für Kinder- und Jugendeinrichtungen
- Unterstützung des JuKuZ Oetinger Villa durch Einrichtung einer Planstelle für die Geschäftsführung
- Erhalt der bestehenden BMX- und Skate-Anlagen, insbesondere derjenigen an der Stadtmauer
- Einrichtung öffentlicher Sportparks für ältere Jugendliche
- Ferienangebote (z.B. Informatikkurse, Ferienakademie, Feuerwehr-Kurse, Erste Hilfe oder Fremdsprachen)
- Verbesserung des Angebots des RMV für Jugendliche durch die Einführung eines 1-Euro-Nachttickets (siehe S. 39f)
- Einrichtung dezentraler Begegnungsstätten dort, wo sie fehlen

## **Wohnortnahe Strukturen für Seniorinnen und Senioren**

Sinkende Bevölkerungszahlen und die Alterung der Gesellschaft sind die beiden wichtigen Einflussgrößen des viel diskutierten demographischen Wandels. Auch wenn die Bevölkerungsentwicklung in Darmstadt aufgrund des Zuzuges von jungen Familien und des Studiums vieler junger Menschen andere Durchschnittswerte im Vergleich zur bundes- und landesweiten Entwicklung vorweisen kann: Die kommunalen Strukturen sind für die Erfordernisse der kommenden Jahre und Jahrzehnte nicht hinreichend ausgestattet.

Immer mehr Menschen wollen auch im hohen Alter zu Hause leben. Der Großteil wird die traditionelle Pflegeeinrichtung nicht als Ort für die letzte Lebensphase wählen. Deshalb müssen auch für die Alltagsunterstützung und Pflege wohnortnahe Strukturen ausgebaut werden. Mit dem einen Pflegestützpunkt für die gesamte Stadt wird der steigende Bedarf der kommenden Jahrzehnte nicht zu decken sein. Der Ausbau neuer Wohnformen für alte Menschen, von Betreutem Wohnen über Wohngemeinschaften bis hin zu intergenerativen Wohnformen muss sehr viel stärker unterstützt werden. Hierzu bieten die Konversionsflächen hervorragende Möglichkeiten.

Die Umsetzung einer stadtteilorientierten Altenhilfepolitik muss die sehr unterschiedlichen Bedarfe in den einzelnen Stadtteilen berücksichtigen. Wenn die Politik dabei überwiegend auf ehrenamtliches Engagement setzt, ist das nicht nur unprofessionell, sondern verkennt auch die Herausforderungen des demografischen Wandels. Diesen muss auch mit einer verbesserten Personalausstattung direkt in den Quartieren begegnet werden.

Bildungsangebote, die den Wünschen und Möglichkeiten der älteren Generation entsprechen, tragen zur Mobilisierung der Fähigkeiten des „aktiven“ Teils dieser Generation bei. Entsprechende Bildungsangebote müssen weiter entwickelt werden. Zur Verbesserung der sozialen Situation von Menschen aus bildungsarmen und sozial benachteiligten Schichten ist die Stadt aufgefordert, nicht nur Programme für die „aktiven Alten“ aufzulegen, sondern ebenso die Förderung und Gemeinwesenarbeit voran zu bringen.

In den Stadtteilen müssen geeignete Begegnungsorte sowie Kultur- und Freizeitangebote angeboten werden. Wo Läden in der Nähe fehlen, ist die Ansiedlung entsprechende Einkaufsmöglichkeiten zu fördern. Wir wollen keine weiteren Einkaufszentren auf der „grünen Wiese“. Wir kritisieren die Schließung der Bürgerbüros in Kranichstein und in der Heimstättensiedlung. Gerade für ältere und aus anderen Gründen in ihrer Mobilität eingeschränkte Menschen muss die Verwaltung dezentral erreichbar sein.

Eine älter werdende Gesellschaft erfordert generationenübergreifendes Engagement. Soziale Teilhabe der älteren Generation hängt ebenso wie die Zukunft der jungen Generation von einem solidarischen Miteinander ab, das vor Ort in den Stadtteilen gemeinsam gelebt wird. Eine stadtteilorientierte Planung muss sowohl die Erfahrung und das Engagement der älteren Menschen einbeziehen wie auch die Mitgestaltung und Mitwirkung der jüngeren Menschen im Stadtteil, der Kinder und Jugendlichen und der jungen Familien organisieren.

Wir orientieren uns an den Forderungen des Kuratoriums Deutsche Altershilfe:

- Organisation kleinräumiger professioneller Unterstützungs-, Beratungs- und Pflegestrukturen
- Sicherstellung niedrigschwelliger Angebote auf Stadtteilebene, insbesondere durch Begegnungsmöglichkeiten für alle Generationen
- Ermöglichung von Partizipation, aber auch das Recht auf ein Leben im Alter, in dem Rückzug und Geruhsamkeit erlaubt sein müssen.
- Förderung und Stärkung des Wohnbleibens für alte Menschen im bisherigen Wohnumfeld durch die Weiterentwicklung und Unterstützung von Wohnprojekten wie z.B. die Initiative „Hiergeblieben e.V.“ in Kranichstein, durch die Förderung von (intergenerativen) Wohngemeinschaften oder durch den Aufbau von Mehrgenerationenhäusern als Orte der Begegnung im Stadtteil.
- Stärkung sozialer Netzwerke durch den Ausbau der Kooperationen auf Stadtteilebene.

Selbstverständlich muss auch die Situation in den stationären Einrichtungen verbessert werden. Dringend notwendig ist ein besserer Personalschlüssel, damit eine menschenwürdige Pflege geleistet und Lebensqualität und soziale Integrität auch von pflegebedürftigen Menschen sichergestellt werden kann. Eine „Fließbandpflege“ im Minutentakt ist nicht menschenwürdig. Die Privatisierung von Gesundheits- und Pflegeeinrichtungen, die auch in Darmstadt bereits stattgefunden hat, steigert nicht die Lebensqualität von Menschen und ist deshalb abzulehnen.

Das Angebot der stationären Altenhilfeeinrichtungen in Darmstadt geht über den Bedarf hinaus. Die aktuelle Auslastung der Einrichtungen beläuft sich auf ca. 85%, so dass einem weiteren Ausbau des stationären Bereiches entschieden entgegen gewirkt werden muss. Insbesondere ist

das verstärkte Interesse von privaten Investoren kritisch einzuordnen, da deren Philosophie in der Regel nicht mit einer kleinräumigen und stadtteilorientierten Versorgungsstruktur vereinbar ist. Hier wollen wir auf eine stärkere baupolitische Einflussnahme im Rahmen der Bauleitplanung hinwirken. Dringend notwendig ist es, dem Fachkräftemangel zu begegnen, wobei ein besserer Personalschlüssel und eine damit verbundene menschenwürdigere Pflege aufgrund der Abhängigkeit von Landes- und Bundesinitiativen für die Kommunen alleine nicht lösbar erscheint. Initiativen auf Landesebene sind notwendig, die die Ausbildung, die Bezahlung und die Attraktivität des Pflegeberufes stärker als bisher in den Blick nehmen.

## **Sport ist Pflicht!**

Sport stärkt das Selbstvertrauen und macht die eigenen Fähigkeiten bewusst. Er kann Barrieren überwinden, die Integration fördern und Gewaltbereitschaft, Rassismus und Fremdenfeindlichkeit entgegenwirken. Er hat eine gesundheitliche und soziale Funktion. Entsprechend dem Zeitgeist suchen viele Menschen den Rahmen für ihre sportliche Betätigung außerhalb von Vereinen in Fitnesszentren, selbstorganisierten Gruppen oder ganz auf eigene Faust. Doch dies ist nicht für jede und jeden erschwinglich, und bedeutet oft einen Verzicht auf fachkundige Betreuung. Der im Verein organisierte Breitensport ist wichtig, um qualifizierte Angebote zu gewährleisten, die durch Inanspruchnahme öffentlicher Förderung kostengünstig sind und allen offen stehen.

Zunehmender Nachmittagsunterricht lässt die verfügbaren Zeiten vieler Jugendlicher für den Sport schrumpfen. Auch deswegen ist eine Verzahnung von Unterricht, Bewegung und schöpferischer Muße in einer rhythmisierten Ganztagschule anzustreben (siehe S 25f). Hier bietet sich die Chance für Sport- und andere Vereine, einen Zugang zu den Kindern und Jugendlichen zu finden.

Darmstadt hat eine bunte Landschaft mit um die 100 Sportvereinen und vielfältigen Angeboten. Überdurchschnittlich viele von ihnen betreiben eigene Sportstätten, die sie mit öffentlicher Unterstützung instand halten und sanieren. Hier gibt es einen erheblichen Investitionsstau: Allein die beantragten Bedarfe belaufen sich auf 9 Mio Euro. Die Haushaltssperre gilt auch für den Betrieb der Sportstätten, so dass die Vereine seit Jahren die Lücke von 20% zum eigentlich anerkannten Förderbedarf mit eigenen Mitteln füllen müssen. Sport hat in Hessen Verfassungsrang. Deshalb ist es höchst fragwürdig, dass die Zuschüsse für die Vereine als freiwillige Leistungen eingestuft werden, die der Haushaltssperre und den Restriktionen des Rettungsschirms unterliegen. Die Unterstützung der Sportvereine muss eine Pflichtleistung der Kommunen werden!

Besonderen Handlungsbedarf bezüglich der Sportstätten gibt es aktuell im Südwesten der Stadt. Dort haben zwei Vereine, die SG Eiche und die TG Bessungen, massiven Sanierungsbedarf bei ihren Sportstätten. Bei der Entstehung des neuen Stadtteils in der Lincoln-Siedlung werden weitere Sportanlagen entstehen. Die Stadt Darmstadt muss Anreize schaffen für eine sinnvolle Kooperation der Vereine in diesem Gebiet, entsprechende Diskussionen moderieren und die Erarbeitung gemeinsamer Konzepte unterstützen. Das städtische Sportamt ist mit nur einem Mitarbeiter völlig unterbesetzt und dadurch mit dieser Aufgabe überfordert. Dies ist ein Beispiel, wie mit mehr Personal Kosten reduziert werden könnten.

Durch die verschiedenen Adressaten für ihre Anliegen und Anträge sind die Vereine mit komplexen Verfahren konfrontiert. Das kostet Zeit und macht die Einarbeitung schwierig, so dass das ehrenamtliche Engagement mit sportfremden Problemen überlastet wird. Die Abläufe sollten stärker beim Sportamt gebündelt werden, um die Aktiven in den Vereinen zu unterstützen. Auch hierfür ist eine bessere Personalausstattung notwendig.

Durch die Zusammenlegung der Sportkreise 33 und 34 zum Sportkreis Darmstadt-Dieburg wurde die Vertretung der Darmstädter Sportvereine gegenüber der Stadt aufgelöst. Diese Lücke wollte die Initiative „Pro Sportstadt Darmstadt“ füllen. Leider hat die Stadt diesen Ball nicht aufgenommen und damit eine gemeinsame Koordination der Vereine ausgebremst. Wer dies tut, muss sich nicht wundern, wenn Konkurrenz und Einzelinteressen überhand nehmen.

Breiten- und Leistungssport bedingen einander: Der Leistungssport und seine öffentliche Resonanz bewirken eine Motivation für den Breitensport, der Breitensport ist die unverzichtbare Basis für den Leistungssport. Deshalb müssen beide Bereiche aufeinander abgestimmt und ausreichend gefördert werden. Von leistungsfähigen Sportverbänden, insbesondere von der Deutschen Fußball Liga (DFL), ist allerdings auch eine finanzielle Beteiligung einzufordern, wenn sie ihren Spitzenvereinen Auflagen erteilen. Zusätzlicher Förderbedarf, wie er durch die Einrichtung des Jugendleistungszentrums des SV 98 entstanden ist, darf nicht aus den Mitteln für den Breitensport befriedigt werden.

Wir setzen uns ein für:

- Modernisierung und Renovierung der Sportstätten. Dabei ist auch auf die barrierefreie Gestaltung zu achten.
- Die Förderung der Sportvereine muss Pflichtaufgabe der Kommunen werden!
- Verbesserung der Personalausstattung des städtischen Sportamts
- Keine Förderung des Leistungssports auf Kosten des Breitensports!

## Kapitel VI – Geschlechterpolitik

### **Frauen und Männer sind gleichberechtigt**

Diese grundgesetzlich verankerte Gleichheit vor dem Gesetz wurde durch die Frauenbewegung hart erkämpft. Die Lebensrealität von Frauen bleibt allerdings weit hinter dieser Forderung zurück. Die Kürzungspolitik der Bundes- und Landesregierung trägt dazu bei, dass immer mehr Frauen von Ausgrenzung betroffen sind. Linke Frauenpolitik bedeutet, für die gleiche Teilhabe von Frauen und Männern am gesellschaftlichen Reichtum, an Kultur-, Bildungs- und Gesundheitsgütern sowie für gleiche persönliche Entfaltungsmöglichkeiten zu streiten.

### **Einkommensgerechtigkeit schaffen - Aufwerten jetzt!**

DIE LINKE setzt sich für die Verbesserung der Lebensbedingungen von Frauen ein. Frauen bekommen für gleichwertige Arbeit immer noch durchschnittlich 22 Prozent weniger Lohn als Männer. Deutschland ist damit nach wie vor einer der europäischen Staaten mit der größten Ungleichheit bei der Bezahlung von Männern und Frauen. Außerdem arbeiten Frauen überwiegend in flexiblen, schlecht bezahlten und unsicheren Beschäftigungsverhältnissen. Männer wie Frauen haben ein Recht auf eine angemessen und auskömmlich entlohnte Erwerbsarbeit. Für beide Geschlechter muss die Entscheidungsfreiheit für die Übernahme von Sorgearbeit in der Familie gewährleistet sein. Unser politisches Ziel ist die tatsächliche Gleichberechtigung von Männern und Frauen. Dabei geht es nicht nur – aber selbstverständlich auch – um Geld.

Auch die Kommune trägt Verantwortung dafür, dass die Rechte von Frauen verwirklicht werden. Hierbei geht es nicht nur um gleiche Chancen für den Aufstieg in Führungspositionen, sondern vor allem um die Einkommen in den Berufsgruppen, in denen überwiegend Frauen arbeiten. Die

Beschäftigten in den Sozial- und Erziehungsdiensten (SuE) fordern eine Aufwertung ihrer Berufe durch Höhergruppierung auf das Niveau der überwiegend „männlichen“ Berufsgruppen. Dies würde die Personalkosten nur um etwa 1% steigern. Doch weil im Land der Schuldenbremse die Gleichberechtigung dort aufhört, wo sie Geld kostet, sind die kommunalen Arbeitgeber den Beschäftigten auch nach vierwöchigen entschlossenen Streiks nicht entgegen gekommen. Wir fordern, dass sich die Stadt Darmstadt im Arbeitgeberverband offensiv für die Aufwertung der SuE-Berufe einsetzt. Darüber hinaus muss sie nach dem Vorbild von Frankfurt oder dem Kreis Groß-Gerau die Möglichkeit nutzen, ihre Beschäftigten über Tarif einzugruppieren.

Systematischen Benachteiligungen von Frauen muss mit gezielten Maßnahmen aktiv entgegen gewirkt werden. Das Bewerbungsverfahren der Stadt Darmstadt und ihrer Eigenbetriebe lässt jedoch keine Spielräume für die Förderung von Frauen, obwohl dies in den Stellenanzeigen formuliert wird. Die Stadt muss dieses Verfahren überdenken, um dort, wo es nötig erscheint, Frauen bei vergleichbarer Eignung tatsächlich bevorzugt berücksichtigen zu können (siehe auch Kapitel II, Seite 12).

Unsere Ansatzpunkte für die Stärkung der Gleichberechtigung:

- Eine familiengerechte Stadt und die Entlastung alleinerziehender Mütter und Väter durch die Schaffung flächendeckender Angebote an Ganztagskinderbetreuung, durch Grundschulen mit festen Öffnungszeiten und durch die Weiterentwicklung echter Ganztagschulen
- Die Überprüfung aller politischen Entscheidungen der Stadt im Hinblick auf Geschlechtergerechtigkeit
- Die Aufwertung der Sozial- und Erziehungsdienste und anderer vorwiegend von Frauen ausgeübten Berufsgruppen
- Die Modifikation des Bewerbungsverfahrens bei der Stadt Darmstadt und ihren Eigenbetrieben, so dass dieses wieder als Instrument der Frauenförderung dienen kann.

## **Unterstützung für Frauen und Mädchen**

Bereits im Kindesalter werden die Grundlagen für geschlechtsspezifische Verhaltens- und Rollenmuster festgelegt. Deshalb müssen Mädchen und Jungen von Anfang an so gefördert werden, dass sie nicht in diesen Rollenmustern verhaftet bleiben. Sie benötigen vor allem im Alter zwischen Pubertät und Erwachsenenalter spezielle Angebote und Gelegenheiten zum Austausch in geschütztem Rahmen. Mädchentreffs in Jugendzentren, Ferienfreizeiten, der „Girls Day“ und ähnliche Einrichtungen dürfen nicht der Kürzungspolitik zum Opfer fallen. Auch für Jungen sollten entsprechende Angebote eingeführt werden.

Die Operation „düstere Zukunft“ der Landesregierung von Roland Koch hat viele Beratungsstellen, die vor allem von Frauen benötigt werden, durch starke Kürzung der Finanzmittel schwer getroffen. Dies wurde auch von der schwarz-grünen Landesregierung nicht rückgängig gemacht. Die Stadt muss die Erhaltung und finanzielle Absicherung solcher Einrichtungen gewährleisten. Notwendig sind Trennungsberatung, Erziehungsberatung, Schwangerschaftskonfliktberatung, Beratung zum Wiedereinstieg in den Beruf und die Beratung von Opfern sexueller Gewalt.

Und nicht zuletzt ist es wichtig, dass Frauen und Mädchen vor Diskriminierung und Gewalt geschützt werden. Insbesondere ist häusliche Gewalt immer noch ein Teil unserer gesellschaftlichen Wirklichkeit. Deshalb muss das Frauenhaus bedarfsgerecht ausgestattet werden.

Wir treten ein für:



- Erhaltung und langfristige finanzielle Absicherung von Beratungsstellen für Frauen
- Langfristige Sicherung des Frauenhauses und Erweiterung der Mädchenuzuflucht
- Erhaltung von Angeboten für Mädchen, wie Mädchentreffs in Jugendzentren, Ferienfreizeiten oder den „Girls Day“
- Benennung von Straßen und Plätzen nach Frauen

## Kapitel VII – Kulturpolitik

# Kultur für Alle!

## Freie Kultur fördern!

Die Kulturförderung ist eine der wichtigsten Aufgaben der Kommunalpolitik. Die Teilnahme an kulturellen Aktivitäten ist für Menschen und Gruppen eine Möglichkeit, ihre Identität zu entwickeln, auszugestalten und sie anderen zu vermitteln. Kultur ist dynamisch und ändert sich fortwährend. Und Kultur wird auch immer ein Ort der gesellschaftlichen Kontroversen sein. Die Stadt als Gemeinwesen aller Bürgerinnen und Bürger hat die Pflicht, dies zu unterstützen.

Darmstadt hat ein vielfältiges Kulturleben: mehr als acht Theater, drei Musikinstitute, mehrere Bibliotheken, mehrere Orchester und Chöre, zehn Museen, viele aktive bildende Künstlerinnen und Künstler, Galerien, viele Bands, den Radiosender RaDar, Kunstdenkmäler, Kunstsammlungen, Straßenmusikant/inn/en und vieles mehr. DIE LINKE will allen gesellschaftlichen Gruppen eine gleiche Teilhabe am reichen kulturellen Leben der Stadt ermöglichen. So kann Kultur einen starken Beitrag leisten, um durch die Förderung von Toleranz und Vielfalt dem Auseinanderbrechen der Stadt zwischen Arm und Reich entgegen zu wirken. Sozial Benachteiligte müssen also einen kostengünstigen Zugang zum Darmstädter Kulturangebot bekommen. Hierzu schlagen wir vor, dass neben den Studierenden auch Jugendliche und Empfänger/innen von Sozialleistungen Vorstellungen im Staatstheater kostenlos besuchen dürfen.

DIE LINKE hat die Schließung der Stadtteilbibliotheken in Arheilgen und Bessungen kritisiert und den Protest gegen diese Entscheidung unterstützt. Dadurch sind zwei wichtige Orte der Lesekultur dem Rotstift zum Opfer gefallen. Vor allem Kinder und in ihrer Mobilität eingeschränkte Menschen benötigen einen wohnortnahen Zugang zum Angebot der Stadtbibliothek. Wir setzen uns dafür ein, dass die verbliebenen Stadtteilbibliotheken in Eberstadt und Kranichstein erhalten bleiben und mit ausreichender Personalausstattung wieder nutzergerechte Öffnungszeiten anbieten.

Der städtische Kulturetat umfasst etwa 31 Mio Euro. Davon fließen 15 Mio Euro in den Betrieb des Staatstheaters. Dieses leistet einen wichtigen Beitrag zur städtischen Kultur. Umfangreiche Unterstützung erhalten auch das Institut Mathildenhöhe mit 2,5 Millionen und die Centralstation mit ungefähr einer halben Million Euro. Diese Förderung der etablierten Kultur in unserer Stadt ist richtig und wichtig. Hier darf nicht gekürzt werden.

Darmstadt als „Stadt der Künste“ beherbergt eine große, kreative und sehr lebendige freie Szene bildender Künstlerinnen und Künstler. Die Darmstädter Sezession wird bald 100 Jahre alt, der Bund Bildender Künstler (BBK) Darmstadt und der BBK Hessen arbeiten von hier aus teilweise europaweit im Cultural City Network. All diese Institutionen und die Künstlerinnen und Künstler arbeiten nicht im luftleeren Raum, sie benötigen für ihre Arbeit auch Unterstützung durch Hil-

fe bei der Suche nach Arbeitsräumen, bei der Suche und Akquise von Sponsoren und Anerkennung ihrer Arbeiten durch die Möglichkeit, vor Ort auszustellen und durch einen ausreichenden Ankauf-Etat der Stadt und ihrer Unternehmen.

„Kunst am Bau“, besser „Kunst im öffentlichen Raum“ darf nicht nur zufällig entstehen. Sie ist integrales Element der Baukultur in Deutschland und Teil der Bauherrenaufgabe des Bundes, der Länder und, so fordern wir es, auch der Stadt und ihrer Unternehmen. Denn sie dient auch direkt der Förderung der bildenden Künstlerinnen und Künstler. Wir setzen uns ein für „Kunst am Bau“ bei allen Bauvorhaben der Stadt und ihrer Unternehmen, die Vergabe der Aufträge muss in einem öffentlichen und transparenten Verfahren erfolgen.

Gelegenheiten zur niedrigschwelligen Begegnung von Einwohner/inne/n und Künstler/inne/n wie z.B. die Kommunale Galerie im Justus-Liebig-Haus wurden leider abgebaut. Es muss nicht das Liebighaus sein, aber Möglichkeiten für eine Galerie oder Ausstellungen sind zu suchen. Sei es in vorübergehend leerstehenden städtischen Gebäuden, sei es mit entsprechender Unterstützung der Stadt in anderen öffentlichen Gebäuden, wie z.B. der TU Darmstadt oder an noch ganz anderen Orten. Der Bedarf ist da – künstlerisch und beim Interesse der Besucherinnen und Besucher, wie sich zuletzt bei der Ausstellung „Darmstadt lebt Kunst“ im Designhaus Mathildenhöhe gezeigt hat.

Einen wesentlichen Anteil am Kulturbetrieb hat die freie Kulturszene, so z.B. das Bessunger Kammerorchester, der Konzertchor Darmstadt, die Residenzfestspiele, das Halbneun- und das Hoffart-Theater, das Mollerhaus, und nicht zuletzt das JuKuZ Oetinger Villa (siehe S. 27) und die Bessunger Knabenschule. Die gesamte bunte Szene nicht-staatlicher und nicht-städtischer Kultur erhält ungefähr eine halbe Million Euro an Zuschüssen, also ungefähr 2 Prozent des gesamten Kulturetats.

Bei aller Wertschätzung unserer „kulturellen Leuchttürme“ sehen wir ein Missverhältnis bei der Kulturförderung und fordern die Verdoppelung der Förderung der freien Kultur auf 4 Prozent des städtischen Kulturetats. Dazu schlagen wir einen Solidaritätsbeitrag der Staatstheater-Besucher/innen für die freie Kulturszene vor: Auf alle Staatstheater-Tickets der oberen Preisklassen sowie bei Premieren wird ein Zusatzbetrag von einem Euro erhoben, der direkt der freien Kulturszene zu Gute kommt.

Wir fordern:

- 4 Prozent des städtischen Kulturetats für die freie Kultur. Finanzierung durch einen Solidaritätsbeitrag auf Staatstheater-Tickets der oberen Preisklassen
- Freigabe von nicht genutzten städtischen Liegenschaften zur Zwischennutzung durch alternative Kulturprojekte
- Unterstützung der Künstlerinnen und Künstler bei der Suche nach Freiräumen
- Auslobung eines jährlichen Jugendkulturpreises mit einer Jury aus engagierten Jugendlichen
- Ausweisung von Sprayflächen für Jugendliche
- Schaffung von Ateliers und Proberäumen für die Künstlerinnen und Künstler sowie von Begegnungsräumen, Kunst- und Kulturzentren auf den Konversionsflächen (Lincoln-Siedlung, Jefferson-Siedlung, Cambrai-Fritsch-Kaserne) und auf dem EAD-Gelände
- Klärung der strukturellen Einbindung der Position des Kulturreferenten und Ausgestaltung dieser Funktion mit echten Kompetenzen, auch im finanziellen und personellen Bereich
- Bessere Personalausstattung des Kulturamtes

## **Gute Arbeit und Mitbestimmung für Kulturschaffende**

Auch Kulturschaffende müssen von ihrer Arbeit leben können. Dies gilt für die rund 500 Beschäftigten des Staatstheaters, aber auch für die hauptberuflichen Künstlerinnen und Künstler der freien Kulturszene. Diese ist geprägt von Selbstausbeutung, von prekären Beschäftigungsverhältnissen, von Projektverträgen ohne soziale Absicherung und von Einkommen unterhalb der Existenzsicherung. Die bei städtischen Einnahmeausfällen verhängten Haushaltssperren bei den Freiwilligen Leistungen verschärfen regelmäßig die ohnehin sehr schwierige Lage vieler freier Kultureinrichtungen und Künstler/innen. Wir wollen ihnen durch mehr vertraglich abgesicherte Leistungen eine sichere Planung und den Kulturschaffenden ein besseres Auskommen ermöglichen.

Um der Darmstädter Kultur ein Forum und ein Sprachrohr zur Vertretung ihrer Interessen zu geben, schlagen wir die Bildung eines Kultur- und Künstlerrats vor. Dieser besteht aus allen Kulturträgern, die städtische Mittel erhalten und integriert die Selbstorganisation von Künstlerinnen und Künstlern. Alle Mitglieder des Kultur- und Künstlerrats sollen stimmberechtigt sein. Der Kulturrat wird bei der Verteilung der städtischen Zuschüsse beteiligt. Er ist berechtigt, Vorschläge und Anfragen in die Stadtverordnetenversammlung zu tragen.

Wir fordern:

- Sichere Planung durch vertragliche Absicherung der Leistungen für Einrichtungen der freien Kulturszene
- Bildung eines Kultur- und Künstlerrats

Kapitel VIII – Stadtentwicklung, Umwelt und Verkehrsplanung

## **Ökologische Stadtentwicklung und zukunftsfeste Verkehrsplanung**

### **Lebensqualität statt Wachstum auf Teufel komm raus!**

Darmstadt liegt am Südrand des Rhein-Main-Gebietes und auf dem Weg zum benachbarten Rhein-Neckar-Gebiet. Es ist ein hoch entwickelter Hochschul- und Forschungsstandort. Daher wächst die Stadt stetig. Im Verteilungskampf um Flächen und Ressourcen beziehen wir Stellung für die Lebensqualität der in der Stadt wohnenden Menschen, für die Erfordernisse des Klimawandels und einer Verkehrswende. Wir wollen nicht, dass die ländlichen Regionen entvölkert werden, während in den Städten der Wohnraum immer knapper wird. Wir sehen die Grenzen des städtischen Wachstums und lehnen auch aus diesem Grund eine kommunale Konkurrenz um die besten Bedingungen für Investoren und Gewerbeansiedlung ab. Stattdessen muss eine überregionale Strukturpolitik solche Konzentrationsprozesse begrenzen. Die Stadt Darmstadt selbst kann durch die Erhöhung der Gewerbesteuer (siehe S. 51) dazu beitragen, dass auch ohne weiteres Wachstum mehr Geld in die Kasse fließt. Es sollten keine größeren Gewerbeflächen mehr ausgewiesen werden.

Darmstadt ist Arbeits- und Studienort für ca. 95.000 Einpendler/innen. Auch für sie brauchen wir umweltverträgliche Verkehrsmittel. Wir brauchen Geschäfte, die man zu Fuß oder mit dem Fahrrad leicht erreichen kann. Wir brauchen Freizeitangebote wie Parks, Schwimmbäder, Biblio-

thehen, Sportplätze oder Kleingärten, um uns umweltverträglich und gleichzeitig preiswert zu erholen. Wir brauchen generationenübergreifendes Wohnen, damit Jung und Alt sich gegenseitig helfen können. Wir brauchen inhabergeführte Geschäfte in der Innenstadt und in den Stadtteilen, und keine Einkaufszentren „auf der grünen Wiese“ außerhalb der Stadt.

Wir brauchen eine öffentliche Diskussion der wesentlichen Punkte der Stadtentwicklung. Die vom grün-schwarzen Magistrat eingeleitete Bürgerbeteiligung stellt sich leider zu oft als leeres Versprechen heraus. Es fehlt aber mitunter auch an Bürgerinnen und Bürgern, die über das St. Florians-Prinzip hinaus denken. Agenda-Gruppen und Bürgerinitiativen geben Anlass zur Hoffnung. Sie haben in Darmstadt eine gute Tradition und waren des Öfteren erfolgreich: Bei der Verhinderung von Osttangente und Nordost-„Umgehung“, und zuletzt gegen den geplanten umfangreichen Abriss der Lincoln-Siedlung.

## **Darmstadt – Stadt der Gärten und Parks**

Gärten und Parks vom Herrngarten über Bürgerpark, Mathildenhöhe zur Rosenhöhe machen Darmstadt attraktiv. Sie bieten Auslauf für die Kleinen, Sport für die Jugend sowie Erholung und Entspannung. Sie sind Begegnungsstätten für ein unkompliziertes interkulturelles Miteinander. Wir fordern einen achtsamen Umgang mit unseren Parks und eine kontinuierliche Pflege von Grünanlagen und Kulturgütern, von Spielplätzen und öffentlichen Sportanlagen. Die Stadtgärtnerei an der Orangerie ist nicht-kommerziell möglichst weiter zu betreiben oder durch Initiativen zu nutzen.

Auch die vielen Kleingärten sind Teil von Darmstadts Erholungsgebieten. Das Obst, der Salat und die Gurken aus dem Garten müssen weder transportiert noch verpackt werden. Wir sind auch aufgeschlossen gegenüber anderen Ansätzen von städtischem Gärtnern („Urban Gardening“). So könnten Gruppen im öffentlichen Raum Flächen zur Verfügung gestellt bekommen, auf denen sie in überschaubarem Rahmen Lebensmittel anbauen oder Blumenbeete anlegen.

Die Landesgartenschau, um deren Ausrichtung 2022 sich Darmstadt beworben hat, könnte hier einhaken. Sie könnte

- mit einem offenen, alternativen Konzept noch viel mehr ökologisch wertvolles Grün, Spielgrün, Erholungsgrün, Fassadengrün in der Stadt wachsen lassen,
- unsere Gärten und Parks miteinander vernetzen und so neu und anders erlebbar machen,
- Flächen für Pflanzen und Tiere gemeinsam mit den Bewohnerinnen und Bewohnern erschließen,
- Phantasie im Umgang mit unseren öffentlichen Parks, Anlagen, Wegen eröffnen.

Leider hat das vorgelegte Konzept all dies nicht berücksichtigt. Es bleibt in weiten Teilen im Althergebrachten stecken. Daneben ist es nicht einzusehen, dass die Darmstädterinnen und Darmstädter ein halbes Jahr lang Eintritt für den Besuch ihrer Parks bezahlen sollen. Nach den Erfahrungen mit der Landesgartenschau 2014, die der Stadt Gießen einen Fehlbetrag von etwa 5 Mio Euro beschert hat, glauben wir auch nicht an die Tragfähigkeit des Finanzierungskonzepts. Zudem wird die Landesgartenschau Verkehre generieren, die unser Straßennetz, dort wo die Landesgartenschau geplant wird, gar nicht aufnehmen kann. Ob mit oder ohne Landesgartenschau, wir setzen uns für Erhalt, Ausbau, Pflege unseres Grüns in der Stadt und darum herum ein. Darum lehnen wir die Landesgartenschau nicht per se ab. Wir wollen aber die Zeit bis 2022 nutzen, um das Konzept der Landesgartenschau gründlich zu überarbeiten.

Berlin hat die Spree, Frankfurt hat den Main und Darmstadt hat – den Darmbach. Ihn offen zu legen macht die Stadt nicht schöner, aber teurer. Die Offenlegung führt zu einer Erhöhung der Abwassergebühren um etwa 20 Cent pro Kubikmeter, das sind etwa 7 Prozent. Hinzu kommen die Kosten für die Offenlegung. Deshalb wollen wir darauf verzichten. Für das Wasser gibt es günstigere Verwendung: Versickern für den Westwald oder als Brauchwasser. Der Darmbach könnte westlich der Kläranlage aus seinem Betonbett befreit und mit Landesmitteln eine Naherholungszone geschaffen werden.

Unsere Sommer werden langfristig heißer werden. Deshalb sollten wir heute Bäume pflanzen, die uns morgen Schatten spenden können. Wir haben viele große Plätze wie den Luisenplatz, den Karolinenplatz oder das Carree mit wenig Grün. Das müssen wir ändern. Die Begrünung von Fassaden und Dächern sähe nicht nur schön aus, sondern ist auch nützlich: Eine begrünte Fassade wirkt als Wärmepuffer, schützt die Hauswand vor Wind und Wetter und verbessert die Luftqualität. Hier muss die Stadt mit gutem Beispiel vorangehen: Ein grüner Baldachin aus Stahlgitter mit Rankpflanzen über der Ausfahrrampe in der Hügelstraße und daneben eine dem Parkhaus vorgesetzte Begrünungsfassade („Hängende Gärten“) würden die unerträglich hohe Feinstaubbelastung in diesem Bereich verringern.

Darmstadt hat mit dem Woog, dem Arheilger Mühlchen und der Grube Prinz von Hessen drei gut besuchte Naturbäder. Diese müssen erhalten und gepflegt werden, damit sie in einem heißen Sommer nicht umkippen und durch Blaualgen unbenutzbar werden. Der Woog soll als städtischer See erlebbar sein und daher außer im Bereich der Liegewiese bis ans Ufer begehbar werden. Das Nordbad muss vor allem als Trainingsbad erneuert werden.

Zahlreiche neue Gewerbegebiete haben Land und Stadt immer stärker versiegelt. So ist zwischen Darmstadt und Weiterstadt ein Flickenteppich von Märkten und Discountern entstanden. Die Folge: Die Stadt erwärmt sich. Durch die großflächige Versiegelung gelangt der Regen nicht mehr ins Grundwasser. Versiegelung und die Entnahme von Grundwasser sind die Hauptursache, dass der Westwald verdorrt.

Die „25 Schritte zur biologischen Vielfalt in Darmstadt“ sind zu gehen. Es handelt sich um eine Checkliste für Bau-, Sanierungs- und Pflegemaßnahmen, die vom Naturschutzbeirat der Stadt Darmstadt erarbeitet wurde. Handlungsfelder sind Grün- und Freiflächen im Siedlungsbereich, Arten- und Biotopschutz, aber auch das Bewusstsein der Menschen.

Tiere sind ebenso wie Menschen achtenswerte Lebewesen. Da eine artgerechte Haltung von Tieren im Zirkus nicht möglich ist, sollte die Stadt dies nicht durch Verpachtung städtischer Grundstücke an reisende Zirkusse mit Tieren unterstützen. Ebenso lehnen wir auch eine Belustigung á la Ponykarussell auf dem Heinerfest ab. Diese Tiere müssen unter erbarmungswürdigen Zuständen und unter permanentem Lärm stundenlang im Kreis laufen. Dies ist nicht tiergerecht. Kleine Kinder können Tiere sowohl auf dem Oberfeld als auch im Vivarium etc. beobachten und ihnen nahe kommen. Eine Belustigung auf Kosten von Tieren ist nicht mehr zeitgemäß.

Unsere Vorschläge für eine lebenswerte und zukunftsfähige Stadt:

- Kontinuierliche Pflege von Grünanlagen und Brunnen
- Wieder-Inbetriebnahme und Pflege vorhandener Brunnen und Wasserbecken
- Erhaltung der Kleingärten, Unterstützung von Urban-Gardening-Initiativen
- Kein künstliches Darmstadt-Gerinne, sondern Nutzung des Darmbach-Wassers für die Erhaltung des Westwaldes
- Bessere Luft durch Dach- und Fassadenbegrünung
- Neubau des Nordbads und Erhaltung der Naturbäder

- Berücksichtigung der „25 Schritte zur biologischen Vielfalt in Darmstadt“
- Keine Verpachtung städtischer Grundstücke an Zirkusse mit Tieren, Schluss mit dem Betrieb des Ponykarussells auf dem Heinerfest
- Keine weitere Ausweisung größerer Gewerbeflächen
- Keine neuen Einkaufszentren weit entfernt von Wohngebieten
- Schluss mit Eingriffen in den Westwald!

## **Keine Planung über die Köpfe der Menschen hinweg**

Viele teure Bauprojekte wurden in den vergangenen Jahren ohne Gesamtkonzept umgesetzt. Das Kongresszentrum Darmstadtium stellt wie von uns vorhergesagt eine Senke für städtische Mittel dar. Die Bahngalerie wurde eine Nummer zu groß ausgeführt. Auch wurde für die städtischen Ämter alternativlos nur ein zentrales Rathaus angestrebt und vorgestellt. Viele Gesichtspunkte wie Denkmalschutz, weitere Nutzung vorhandener Bausubstanz und Kostenminimierung blieben dabei außen vor. Bezüglich der Notwendigkeit und der Dimension solcher Projekte wird DIE LINKE auch künftig aufmerksam sein.

Wie die Bauprojekte ließ auch die Bauleitplanung kein Gesamtkonzept erkennen. Heftige Verdichtungsplanungen und das Freiräumen der Blockinnenhöfe fanden z. B. im Martinsviertel direkt nebeneinander statt.

Je dichter die Bebauung, desto höher der Gewinn – gegen die Interessen der Investoren bleiben städtebauliche Aspekte oft auf der Strecke. Ein Beispiel ist der Ernst-Ludwig-Park mit der großen Betonfläche statt dem versprochenen Grün. Investoren müssen konsequent durch städtebauliche Verträge verpflichtet werden, die Aspekte sozialer und ökologischer Stadtentwicklung zu berücksichtigen und entsprechende Forderungen umzusetzen.

Aber nicht nur die Investoren gehen mit unserer Stadt um, zuerst tun wir das einmal selbst! Wir LINKEN halten es für unabdingbar,

- unsere Stadt in einer integrierten Stadtentwicklungsplanung zu betrachten,
- hierbei zu sehen, wo welche Wohnbebauung sozial und ökologisch sinnvoll entwickelt oder auch verdichtet werden kann,
- welche Verkehre auf welchen Straßen fahren oder laufen sollen,
- wie der ÖPNV noch besser nutzbar gemacht werden kann,
- wie wir mit dem Grün in und um unsere Stadt gut umgehen können,
- wo wir Kunst und Kultur erleben wollen,
- wo wir einkaufen können und vieles mehr.

Wir wünschen uns eine integrierte Stadtentwicklungsplanung, die Leben, Wohnen, Arbeiten und die Mobilität umfasst, die von uns allen gemeinsam, also von Bürgerinnen und Bürgern, Verwaltung und Stadtverordneten entwickelt wird.

Wir halten ein einwohnerorientiertes Planungsverfahren für selbstverständlich. Es sind die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler, die am Ende die großen Projekte mit all ihren Folgekosten finanzieren. Deshalb müssen sie auch in die Planung einbezogen werden und ein Mitspracherecht haben. Dazu sind vor größeren Planungsentscheidungen nicht nur die Pläne, sondern auch frühzeitig entsprechende Modelle der Gebäude an zentraler Stelle in der Stadt auszustellen. Hierfür bietet sich die ehemalige Galerie im Liebighaus an (und nicht etwa die Sparkasse...). Meist existieren auch digitale Visualisierungen. Diese müssen im Internet der Öffentlichkeit zur Verfügung gestellt werden.

Beim „Saladin-Eck“ hat die Planung in den letzten Jahren ohne Rücksichtnahme auf die Nachbarbebauung für viele Irritationen gesorgt, und es wurden dadurch Ressourcen verschwendet. Bei der Festlegung der Rahmenbedingungen des Architektur-Wettbewerbs für die Bebauung des „Saladin-Ecks“ waren die Stadtverordneten nicht einbezogen. Dies betrifft zum Beispiel die Festlegung der künftigen Nutzung. Wir wollen, dass künftig die Stadtverordnetenversammlung oder der zuständige Ausschuss die Rahmenbedingungen für städtebauliche Wettbewerbe und Architekturwettbewerbe beschließen.

## **Verkehrswende für Darmstadt**

Lange Zeit galt die Nordost-„Umgehung“ (NOU) als Allheilmittel für die Verkehrsprobleme unserer Stadt. Die Linksfraktion hat dieses teure Projekt stets abgelehnt. Es hätte die Stadt mindestens 50 Mio Euro gekostet und kaum Entlastung gebracht. Die Stadtverordnetenversammlung hat nach der letzten Kommunalwahl 2011 beschlossen, die NOU nicht zu bauen. Doch im gleichen Jahr wurde auf der anderen Seite der Stadt eine „Erschließungsstraße West“ durch den Westwald aus der Schublade gezogen. DIE LINKE tritt ein für eine Verkehrswende weg vom derzeit bevorzugten motorisierten Individualverkehr, und hin zur mehr fußläufigem, Fahrrad- und öffentlichem Verkehr.

Das Fahrrad ist die preiswerteste Art, sich schnell fortzubewegen. Ein Autofahrer kostet eine Kommune so viel wie 14 Radfahrer – Folgekosten des Kfz-Verkehrs durch Feinstaub und andere Umweltbelastungen nicht eingerechnet.

Viele Radwege in Darmstadt sind in einem üblen Zustand. Manche sind durch Baumwurzeln fast unbefahrbar, anderen fehlt die vorgeschriebene Mindestbreite. Häufig werden Radfahrer/innen auf den Bürgersteig gedrängt, ohne dass eine klare Trennung zum Fußgängerbereich vorhanden wäre. Beiderseitige Gefährdungen sind die Folge. Das bestehende Radverkehrsnetz muss vervollständigt werden.

In vielen Verkehrssituationen bringen Radwege keine Sicherheit, sondern zusätzliche Gefahren. Man denke an unvorsichtig geöffnete Autotüren oder schlecht einsehbare Wege hinter parkenden Autos oder Baumreihen. Der ADFC fordert die Verlagerung des Radverkehrs auf die Straße und die Abschaffung der Radwegebenutzungspflicht, an die sich ohnehin nur wenige halten. Die Verkehrsplanung geht mehr und mehr dazu über, den Radverkehr auf den Straßen zu führen, etwa durch die Markierung von Schutzstreifen für Radfahrer/innen am Straßenrand und vor allem auch an Kreuzungen. Durch diesen Paradigmenwechsel könnten die Probleme mit den fragwürdigen Radwegen in Darmstadt behoben werden.

Fahrradstraßen stellen schnelle und sichere Radverbindungen zwischen den Stadtteilen her, ohne den motorisierten Anliegerverkehr übermäßig einzuschränken. Anstelle durchgehender Verbindungen wurden bisher nur „Inseln“ realisiert, wie der kurze Abschnitt in der Wilhelminenstraße. Die beschlossene Route durch die Pankratiusstraße als Verbindung zum Bürgerparkviertel mit einer anschließenden „Fahrradbahn“ nach Kranichstein (mit Vorfahrt gegenüber den Nebenstraßen) ist sinnvoll. Wir unterstützen die Initiative ProRad Arheilgen und die Interessengemeinschaft Arheilger Bürger in ihrer Forderung, eine Fahrradstraße im Straßenzug Im Erlich/Vor der Schreiberpforte/Greinstraße zu verwirklichen.

Radfahrerinnen und Fußgänger sollten grundsätzlich in die Phasenfolge der Ampeln mit einbezogen werden. Bedarfsampeln oder besser „Bettelampeln“ sind nur in Sonderfällen sinnvoll.

Auch in Deutschland hat man mittlerweile Kreisel an Kreuzungen zu schätzen gelernt, denn der Verkehr fließt dort langsam aber sicher und ohne Ampeln. Das muss nicht so aufwändig und fragwürdig sein wie beim 2015 fertig gestellten Eberstädter Kreisel. So könnte in Darmstadt der

Breslauer Platz und die Einmündung der Jägertorstraße in die Kranichsteiner Straße an den früheren Drei Eichen als Kreisel ausgeführt werden. Für die Radfahrer gibt es unterschiedliche praxistaugliche Lösungen: Sowohl Bordsteinradwege als auch das Fahren auf der Fahrbahn mit optimierten Zu- und Ausfahrten für den Radverkehr sind möglich.

Fahrräder sollten diebstahlsicher an ortsfeste Einrichtungen angekettet werden können. Bei vielen Stellplätzen in der Innenstadt ist das nicht möglich. Deshalb fordern wir die Bereitstellung robuster Fahrradständer, die die Felgen nicht beschädigen.

Die Vorschläge der LINKEN zur Förderung des Fahrradverkehrs:

- Vervollständigung des Radverkehrsnetzes durch Ausbau bestehender Radwege, Einführung von Radfahrstreifen und Schutzstreifen auf der Straße sowie durch Einrichtung von Fahrradstraßen
- Schutzstreifen und andere Maßnahmen für Radfahrer an Kreuzungen.
- Abschaffung der Radwegebenutzungspflicht
- Ausweisung von Express-Routen mit Vorfahrt gegenüber Nebenstraßen, z. B. eine „Fahrradbahn“ nach Kranichstein und eine nach Frankfurt.
- Mehr diebstahlsichere Fahrradstellplätze

In den vergangenen Jahren wurde in Darmstadt viel in den Öffentlichen Personennahverkehr investiert. Trotzdem liegt noch einiges im Argen. Einzelne Haltestellen wie etwa in der Heimstättensiedlung haben weder Überdachung noch Sitzplätze und der Ausstieg ist gefährlich.

Am dringendsten braucht Darmstadt günstige Fahrpreise, vor allem auf den kurzen Strecken. Wer mit bis zu drei Kindern per Straßenbahn von Arheilgen oder Eberstadt nach Darmstadt fahren will, zahlt für Hin- und Rückfahrt mit Gruppentageskarte 8,40 Euro. Ein entsprechendes Einzelticket kostet 4,90 Euro. Das ist nicht nur für Menschen mit schmalen Geldbeutel viel zu teuer. ÖPNV muss für Alle bezahlbar werden!

Durch eine Mehrfahrtenkarte im Darmstädter Stadtgebiet könnte der Komfort für Gelegenheitsfahrer verbessert und für diese Gruppe der Fahrpreis verringert werden. Allerdings wären in den Straßenbahnen und Bussen Entwerter aufzuhängen, die aber verhältnismäßig preisgünstig sind. Was in Wiesbaden möglich ist, muss auch in Darmstadt durchsetzbar sein, auch wenn der RMV-Vertrag dem derzeit noch entgegensteht. Abends und nachts werden Straßenbahnen und Busse nicht so stark genutzt wie tagsüber. Deshalb schlagen wir das 1-Euro-Nachtticket ab 20 Uhr vor.

Insgesamt wollen wir den öffentlichen Personennahverkehr so attraktiv und preisgünstig machen, dass er von möglichst vielen Menschen genutzt wird. Perspektivisch wollen wir den fahrscheinlosen ÖPNV erreichen. Dieser könnte durch ein „Bürgerticket“ nach dem Vorbild der Semestertickets für Studierende realisiert werden. Ein Drittel der Kosten würde durch einen Mobilitätsbeitrag erhoben, den alle Bürgerinnen und Bürger zahlen müssen und der nicht höher liegt als der für Mobilität vorgesehene Anteil des Hartz-IV-Regelsatzes. Ein weiteres Drittel würde durch eine Umlage für Unternehmen finanziert, wie das in Frankreich möglich ist und in einigen Städten erfolgreich umgesetzt wurde. Da etwa jeder dritte Euro Fahrgeldeinnahme für Automaten und Abrechnung draufgeht, wäre der Rest durch Einsparungen gesichert. Besucherinnen und Besucher der Stadt könnten durch eine Übernachtungsabgabe an den Kosten beteiligt werden. In der Endausbaustufe wäre dieses „Bürgerticket“ bundesweit für alle Verkehrsverbände gültig und gäbe auch Zugang zu Leih-Fahrrädern und Carsharing.



Unsere Vorschläge für Tarife im öffentlichen Nahverkehr:

- Einführung einer günstigen und komfortablen Mehrfahrtenkarte
- Einführung eines 1-Euro-Nachttickets
- Einführung eines Sozialtickets als Teil des Darmstadt-Passes (siehe S. 5f)
- Fahrscheinloser ÖPNV in Form eines „Bürgertickets“

Um das Gewerbegebiet „Telecom-City“ verkehrsarm zu gestalten, reicht die Erschließung mit einer Buslinie nicht. Nötig ist eine neue Straßenbahnlinie vom Hauptbahnhof über Berliner Allee, Stirnwegbrücke durch die „Telecom-City“ in die neue Südweststadt bis zum Einkaufszentrum Heimstättensiedlung. Dies könnte durch Verlängerung der Linie 3 geschehen. Die Buslinie H würde entlastet.

Wir unterstützen die Vorschläge der Interessengemeinschaft Arheilger Bürger, durch Zusammenfassung der Buslinien A und AH eine Ringbuslinie durch Arheilgen einzurichten. Diese soll auch an Sonn- und Feiertagen betrieben werden.

Die Stadt Darmstadt und der Landkreis brauchen eine gemeinsame Verkehrsentwicklungsplanung. Ein kleines Beispiel ist die Einfahrt in die Stadt über die B 26. Durch die Abstimmung der Lichtsignalanlagen der B 26 auf die städtischen Ampeln könnte erreicht werden, dass der Verkehrsstau nicht vor dem Ostbahnhof entsteht, sondern vor der Einmündung der Heinrichstraße. Dort kann er von den Bussen aus dem Ostkreis umfahren werden.

Die Bahnverbindung nach Pfungstadt war gut gemeint. Aber nun bleiben die Triebwagen im Hauptbahnhof stehen, statt Merckianer zum Nordbahnhof zu bringen. Dabei reicht die Standzeit aus, um noch zum Nordbahnhof und zurück zu fahren.

Für den Verkehr zwischen Stadt und Landkreis müssen folgende Maßnahmen in Angriff genommen werden:

- Verlängerung der Pfungstadtbahn zum Nordbahnhof
- Bessere Verknüpfung zwischen Stadt und Landkreis am Bahnhof Kranichstein durch Verlegung des Bahnsteigs zur Endhaltestelle der Linie 5 sowie am Haltepunkt Lichtwiese durch die Anbindung von Bus oder Straßenbahn an die VIAS
- Weitere Linksabbiegerspur für Busse der Linien O und N am Böllenfalltor
- Schienenverbindung nach Roßdorf und Groß-Zimmern
- Freihalten der Trasse für eine Straßenbahn nach Weiterstadt

Viele Menschen brauchen ein Auto. Doch ein Viertel aller Autofahrten endet bereits nach einem Kilometer, zwei von drei Autofahrten sind kürzer als fünf Kilometer. Wir wollen in Darmstadt Bedingungen schaffen, dass sich die Menschen eingeladen fühlen, solche Wege zu Fuß, per Fahrrad oder mit dem Öffentlichen Nahverkehr zurück zu legen.

Darmstadts Straßen und Wege sind heruntergewirtschaftet. Viele Straßen wurden in den 50er und 60er Jahren zum letzten Mal von Grund auf saniert. Man scheint gehofft zu haben, die Nordost-„Umgehung“ würde auf wundersame Weise alle Schlaglöcher stopfen. Das jährliche „Erhaltungs-Soll“ für Straßen, Plätze und Wege ist auf 8 Millionen Euro zu beziffern. Schon deswegen lehnen wir neue Straßenbauprojekte ab. Besonders aber eine Erschließungsstrecke durch den Westwald kommt aus ökologischen Gründen nicht in Frage.

Tempo 30 ist dort sinnvoll, wo nachts einzelne Raser mit Tempo 70 und mehr die Anwohnerinnen und Anwohner aus dem Schlaf reißen, wie etwa im Rhönring. Deshalb fordern wir Tempo 30 auf einzelnen, besonders kritischen Abschnitten. Perspektivisch wäre eine bundesgesetzliche

Regelung für eine Regelgeschwindigkeit innerorts von 30 km/h zu begrüßen. Eine höhere zulässige Geschwindigkeit auf Hauptverkehrsstraßen würde dann mit Verkehrszeichen signalisiert. Dazu wären einige Voraussetzungen wie z.B. die Existenz eines Radwegs zu erfüllen.

In Darmstadt sind etwa 81.000 Kraftfahrzeuge angemeldet. Den größten Teil des Tages blockieren sie als „Stehzeuge“ wertvolle Flächen. Besonders im Martins- und Johannesviertel sind die Parkplätze knapp. Carsharing ist hier eine gute Lösung: Jedes gemeinsam genutzte Fahrzeug ersetzt etwa 5 bis 8 private Fahrzeuge. Der Ausbau geht schnell voran, allein der größte Anbieter verfügt mittlerweile über eine Flotte von derzeit 55 Fahrzeugen. Auch „Nachbarschafts-Initiativen“ können Carsharing-Kapazitäten zur Verfügung stellen. Diese sollten durch die Bereitstellung günstiger Stellflächen unterstützt werden.

Im Zusammenhang mit dem PKW-Verkehr wollen wir erreichen:

- Grunderneuerung der Hälfte der Hauptstraßen in Darmstadt bis 2030
- Lärminderung durch Flüsterasphalt und Tempo 30 nachts auf Hauptstraßen durch Wohngebiete

Der Transport vieler Güter kann von der Straße auf die Bahn verlagert werden. Dennoch sind LKW für die Versorgung der Stadt notwendig.

Darmstadt hat zwar ein Durchfahrverbot für LKW. Doch es gibt erhebliches Aufkommen an Lieferverkehr vom Osten der Stadt in die Industrie- und Gewerbegebiete, die im Westen liegen. Diese könnten erreicht werden von der A3 über eine neue B3, die von der Langener Straße entlang der Bahn, südlich der Hilpertstraße auf der Bahn-Neubaustrecke (siehe unten) bis zur Karlsruher Straße verläuft.

Bei der LKW-Maut auf der B26 hat sich mittlerweile die Vernunft durchgesetzt: Diese Bundesstraße ist seit Juni 2015 endlich mautpflichtig, so dass nun kein zusätzlicher Verkehr von Maut-Vermeidern in die Stadt gelockt wird. Die Linksfraktion hatte 2008 in der Stadtverordnetenversammlung beantragt, dies vom Bundesverkehrsministerium zu fordern.

Es bietet sich an, die in der Stadt verkehrenden Flotten von Nutzfahrzeugen mit flüssigem Erdgas zu betreiben, das in großen Mengen über die Weltmeere verschifft wird. Dabei handelt es sich um eine Übergangstechnologie zum Wasserstoff. Eine zentrale Tankstelle für die Busse von HEAG mobilo, die Fahrzeuge der EAD, der Post und der Kurierdienste würde genügen. Bereits 200 derart angetriebene Nutzfahrzeuge würden die Luftbelastung durch Schwerverkehr um fast 30% mindern.

Unsere Vorschläge für den LKW-Verkehr:

- Nutzung einer neuen B3 entlang der Bahn-Neubaustrecke als Verteiler für Industrie und Gewerbe in Darmstadts Westen
- Stadtklima verbessern durch eine Flüssiggas-Versorgungsinsel

Die Deutsche Bahn hält immer noch an einer Neubaustrecke Rhein-Main/Rhein-Neckar für Tempo 300 entlang der Autobahnen fest. Der Fernverkehr der Bahn stagniert aber seit Jahrzehnten. Vielmehr wird die Strecke für Regional- und den ebenfalls zunehmenden Güterverkehr gebraucht. Damit Güterzüge auf dem Weg nach Norden nicht alle durch das Mittelrheintal fahren, sollen sie sich am Eisenbahn-Knotenpunkt Darmstadt Hbf verteilen. Zusätzliche Strecken nach Groß-Gerau und Zubringerstrecken werden nicht gebraucht, wenn die Neubaustrecke durch den Hauptbahnhof verläuft. Nur so bleibt Darmstadt an den Fernverkehr der Bahn angeschlossen.

Dies setzt optimalen Lärmschutz voraus. Das ist leicht zu schaffen durch eine Einhausung zusammen mit der bestehenden Main-Neckar-Bahn in dem Einschnitt am Haardtring. In Eberstadt kann so auch die bestehende Strecke schallisoliert werden.

Wir setzen auf eine Wiedereinführung des Interregio oder vergleichbarer schneller überregionaler Verbindungen, mit denen der Eisenbahnknoten Darmstadt umsteigefrei mit Großstädten wie Nürnberg, Köln oder Dortmund verbunden werden kann. Auch nach Wiesbaden und Mannheim könnte so wieder eine gute Verbindung hergestellt werden. Die bestehenden IC-Direktverbindungen nach München/Salzburg, Karlsruhe und Saarbrücken müssen erhalten bleiben.

Sinnvoll ist eine schnelle und eng getaktete Regionalverbindung (Sprinter S-Bahn) über die Neubaustrecke zum Flughafen Rhein-Main und weiter nach Wiesbaden zum RMV-Tarif. Dabei muss für den Betrieb der Sprinter S-Bahn auf der Neubaustrecke mit der Deutschen Bahn eine günstige Streckenbenutzungsgebühr, der sogenannte Trassenpreis, ausgehandelt werden.

Weiterhin fordern wir für die entferntere Zukunft den zweigleisigen elektrifizierten Ausbau der Odenwaldbahn. Dann könnte ein Teil der Sprinter S-Bahnen bis Erbach weiterfahren. Der zweigleisige Ausbau der Odenwaldbahn ist möglich, denn die Trassenbreite der Odenwaldbahn ist bis Wiebelsbach auf zwei Gleise ausgelegt.

Der Güterverkehr auf der Odenwaldbahn ist stillgelegt. Nach einem zweigleisigen Ausbau könnten dort auch wieder Güterzüge fahren: Ein einziger Güterzug ersetzt 50 LKW, die über die Landgraf-Georg-Straße poltern. Abnehmer gäbe es genug: Der Steinbruch der OHI in Groß-Bieberau, die Caparol-Werke in Ober-Ramstadt, das Müllheizkraftwerk in Darmstadt und viele andere.

Die Stadt Darmstadt muss sich für die Verbesserung der regionalen Bahnverbindungen einsetzen. So könnte die Verbindung nach Mannheim auf der Rhein-Neckar-Trasse durch in Mannheim-Friedrichsfeld getrennte „Flügelzüge“ bei erhöhter Kapazität durch Doppelstock-Triebwagen verbessert werden. Der Takt nach Aschaffenburg und Mainz/Wiesbaden sollte auch außerhalb der Hauptverkehrszeit verdichtet werden.

Im Berufsverkehr wird im Hauptbahnhof ein zweiter Querbahnsteig mit eigenen Treppen gebraucht, damit Anschlüsse nicht zur Hetzjagd werden.

Unsere Vorschläge für den Bahnverkehr:

- Führung der Neubaustrecke Rhein-Main/Rhein-Neckar bei optimalem Lärmschutz durch Darmstadt
- Sprinter-S-Bahn zum Flughafen Rhein-Main und nach Wiesbaden über die Neubaustrecke
- Erhalt und Ausbau der IC-Direktverbindungen
- Zweigleisiger elektrifizierter Ausbau der Odenwaldbahn auch für die Wiedereinführung von Güterverkehr, und Erhöhung der Kapazität durch einen Mittelteil für die ITINO-Triebwagen
- Verbesserung des Angebots regionaler Bahnverbindungen nach Mainz/Wiesbaden, Mannheim und Aschaffenburg
- Sanierung von Nord- und Südbahnhof

DIE LINKE kämpft von Anfang an gegen eine dritte Landebahn am Frankfurter Flughafen. Dabei geht es nicht nur um den Schutz vor dem Fluglärm, der die Menschen in den nördlichen Teilen unserer Stadt erheblich belastet. Angesichts der knapper werdenden Ressourcen und der Notwendigkeit zum Schutz des Klimas kann der Luftverkehr nicht endlos ausgeweitet, sondern muss reduziert werden. Der Ausbau des Flughafens ist keine Zukunftsinvestition.

Die einseitige, umweltschädliche und gesundheitsgefährdende Bevorzugung des Flugverkehrs muss ein Ende haben: Wir fordern ein absolutes Nachtflugverbot in der Zeit von 22 Uhr abends bis 6 Uhr morgens.

## **Mitbestimmung und Transparenz für Darmstadt**

### **Demokratie lebt von Mitgestaltung**

Veränderungen fangen vor Ort an und wirken sich vor Ort aus. Kommunen sind die Ebene, auf der die Menschen ihre Geschicke unmittelbar selbst in die Hand nehmen können. DIE LINKE will, dass alle Bürgerinnen und Bürger bei den Entscheidungen unserer Stadt mitbestimmen können – nicht nur einmal alle fünf Jahre, sondern bei allen wichtigen Fragen, die sie betreffen.

Grundlegend ist die Demokratisierung der Hessischen Gemeindeordnung (HGO). In den 90er Jahren führten viele Bundesländer Bürgerentscheide, Direktwahl der (Ober-)Bürgermeister und das personalisierte Verhältniswahlrecht mit Kumulieren und Panaschieren ein. Sie senkten das Wahlalter auf 16 Jahre ab. Diese Regelungen hat Hessen nur teilweise eingeführt oder nach kurzer Zeit wieder zurückgenommen. Bei uns fehlen bis heute die anderswo inzwischen gebräuchlichen Beteiligungsformen wie z.B. ein kommunales Petitionsrecht oder Bürgeranträge. Das kommunale Wahlrecht ab 16 Jahren wurde 1999 wieder abgeschafft. Die Hürden für Bürgerbegehren und -entscheide sind unangemessen hoch, wie die Abstimmung zur Nordost-„Umgehung“ 2009 gezeigt hat.

Unsere Landtagsfraktion hat bereits 2011 einen Vorschlag zur Novellierung der HGO eingebracht, nach der die Hürden für Bürgerbegehren und -entscheide überwiegend nach bayerischem Vorbild abgesenkt werden: In Darmstadt könnten demnach 5.200 wahlberechtigte Gemeindeangehörige (5%) ein Begehren einreichen, über das dann ein Entscheid stattfindet. Eine Mehrheit ist gültig, wenn zugleich mehr als 10.400 Gemeindeangehörige (10%) entsprechend abgestimmt haben. Darüber hinaus wollen wir das kommunale Petitionsrecht und den Bürgerantrag einführen, den 1.400 nicht unbedingt wahlberechtigte Gemeindeangehörige ab 14 Jahren (1%) an die Stadtverordnetenversammlung stellen können.

Auch in Darmstadt selbst lässt sich einiges verändern. Stadtverordnetenversammlung, Magistrat und Stadtverwaltung müssen vorhandene Handlungsspielräume nutzen, um die Bürgerinnen und Bürger so früh wie möglich an Entscheidungen zu beteiligen. Wichtige Entscheidungen dürfen nicht nur in Ausschüssen beschlossen werden. Parlamentsstrukturen müssen geöffnet und gelockert werden.

Deshalb fordert DIE LINKE:

- Erleichterung von Bürgerentscheiden, Einführung von Bürgeranträgen und dem kommunalen Petitionsrecht
- Rederecht für betroffene Interessengruppen in den Sitzungen der Stadtverordnetenversammlung, den Ortsbeiräten und den Ausschüssen
- Regelmäßige Bürgerversammlungen

### **Vertrauen ist gut – informiert sein ist besser**

Wir treten ein für die Transparenz und Offenheit der Politik in Darmstadt. Dies ist Grundvoraussetzung für die effektive Wahrnehmung demokratischer Mitwirkungs- und Beteiligungsrechte. Die Bürgerinnen und Bürger können nur an Entscheidungsprozessen teilnehmen und diese mitgestalten, wenn sie entsprechend über die Vorgänge in der Stadtverordnetenversammlung, im Magistrat und in der Stadtverwaltung informiert sind. Deshalb setzt sich DIE LINKE für einen offenen Politikstil im Parlament und für eine transparente Verwaltung ein.

Informationsfreiheitsgesetze sollen bewirken, dass öffentliche Stellen ihre Informationen mit den Bürgerinnen und Bürgern teilen. In Hessen gibt es leider noch kein solches Gesetz. Dennoch sollten die Grundsätze der Informationsfreiheit freiwillig angewendet werden. Die Gewährung des freien Zugangs zu Informationen ist nicht als lästige Verpflichtung zu betrachten, sondern im Interesse demokratischer Meinungs- und Willensbildung zu fördern.

Viele Informationen aus der Stadtverordnetenversammlung und der Stadtverwaltung sind bereits über das Parlamentsinformationssystem im Internet zugänglich, und auch einige Dienstleistungen der Verwaltung können bereits online genutzt werden. Allerdings verfügen längst nicht alle Menschen über einen Internetzugang. Um sie nicht von der Nutzung moderner Kommunikations- und Informationsinstrumente auszuschließen, muss das Angebot an öffentlich zugänglichen Internetanschlüssen zur Nutzung des städtischen Angebots verbessert und in die Stadtteile getragen werden. Leider wurden dezentrale Stadtteilbibliotheken und Meldestellen geschlossen, an denen solche Info-Punkte eingerichtet werden könnten. Außerdem sollten wichtige Dokumente zusätzlich öffentlich ausgelegt werden, z.B. in einem Themenregal in der Stadtbücherei.

Bei größeren Planungen sind nicht nur die Pläne, sondern auch frühzeitig entsprechende Modelle der Gebäude an zentraler Stelle in der Stadt auszustellen.

DIE LINKE fordert:

- Anwendung der Grundsätze der Informationsfreiheit
- Öffentliche Auslage von Satzungen und Parlamentsunterlagen an zentraler Stelle
- Einrichtung von öffentlichen Internetzugängen zur Nutzung der städtischen Online-dienste in Stadtteilbibliotheken, Stadtteilbüros und anderen geeigneten Orten
- Ausstellung der Modelle vor größeren Planungsentscheidungen

## **Gemeinsam werden große Dinge leichter bewegt**

Politische Mitgestaltung, Beteiligung an Entscheidungsprozessen und Durchsetzung von Interessen gelingen leichter in Gemeinschaft mit anderen. Vereint gelingt es leichter, die „heißen Eisen“ anzupacken und gegenüber den Verantwortlichen in der Stadt auf Lösungen zu dringen. Damit sich Menschen zusammen tun können, brauchen sie Gelegenheiten und Orte, um miteinander ins Gespräch zu kommen. Geschäfte, Bürgertreffs, Stadtteilbibliotheken oder Jugendzentren bieten dazu die Gelegenheit. DIE LINKE hat deshalb den Protest gegen die Schließung der Stadtteilbibliotheken in Arheilgen und Bessungen unterstützt und fordert ihre Wiedereinrichtung.

Dazu müssen kostengünstige Versammlungsräume zur Verfügung stehen. Räumlichkeiten wie das Wissenschafts- und Kongresszentrum sind für die meisten Gruppen und Organisationen unbezahlbar, und auch andere unter städtischer Regie stehende Versammlungs- und Veranstaltungsräume strapazieren deren Budget erheblich. Außerdem müssen Plätze und Infrastruktur in den Stadtteilen so gestaltet werden, dass sie Gelegenheit bieten, mit den Nachbarinnen und Nachbarn zusammenzukommen.

Unterschiedliche Gruppen in der Einwohnerschaft haben unterschiedliche Bedürfnisse. Politische Strukturen wie Foren oder Räte, über die Kinder und Jugendliche, Seniorinnen und Senioren oder Migrantinnen und Migranten als Gruppe in der Stadt mitreden können, müssen ggf. geschaffen, gefördert, ausgebaut und von der Politik respektiert werden.

Jeder Stadtteil hat seine eigenen Gegebenheiten. Die Menschen vor Ort kennen sie am besten. Ortsbeiräte, wie sie in der Hessischen Gemeindeordnung vorgesehen sind, können die Interessen der Menschen in den Stadtteilen gegenüber der gesamtstädtischen Politik und Verwaltung erfolgreich vertreten und zugleich als Diskussions- und Treffpunkte für die Einwohnerschaft der Stadtteile dienen. Es besteht allerdings die Gefahr, dass solche Gremien von den Parteien dominiert werden, anstatt größeren Teilen der Bewohnerschaft Raum für Meinungsaustausch und Interessenwahrnehmung zu geben.

In anderen Städten gibt es Versuche, anstelle solcher Ortsbeiräte bestehende lokale Strukturen zu gewählten Stadtteilräten weiter zu entwickeln. Deren Mitglieder werden nicht über (Partei-)Listen, sondern den lokalen Gegebenheiten entsprechend als Vertreter/innen verschiedener Straßenzüge, Altersgruppen oder der Migrant/inn/en gewählt. Auch politische und soziale Initiativen sowie Parteien können Mitglieder dieses Gremiums sein, und mit dem Stadtteil befasste Ämter oder Wohnungsbaunternehmen sind mit beratender Stimme dabei.

In Darmstadt gibt es bisher nur einen Ortsbeirat, nämlich in Wixhausen. Gemeinsam mit den Bewohnerinnen und Bewohnern sollte auch in den anderen Stadtteilen, insbesondere in Eberstadt, Kranichstein und Arheilgen, geprüft werden, ob Ortsbeiräte oder andere Stadtteil-Strukturen notwendig und sinnvoll sind. DIE LINKE wird entsprechende Anliegen der Bewohnerinnen und Bewohner aufgreifen und unterstützen.

Wir fordern:

- Bereitstellung kostengünstiger Versammlungsräume
- Erweiterung des Netzes der Stadtteilbibliotheken
- Schaffung von Ortsbeiräten oder Stadtteilräten, wo die Bewohnerinnen und Bewohner dies wünschen und aktiv einfordern.

## **Demokratische Mitbestimmung auch ohne deutschen Pass**

Migrantinnen und Migranten sind von kommunalpolitischen Entscheidungen genauso betroffen wie deutsche Staatsangehörige. Von den kommunalen Entscheidungsprozessen und Wahlen sind sie allerdings weitgehend ausgeschlossen. Deshalb müssen alle Bürgerinnen und Bürger ungeachtet ihrer Nationalität auf kommunaler Ebene das Wahlrecht erhalten. In unserer Stadt leben über 27.000 Menschen ohne deutschen Pass, das sind fast 18 Prozent der Darmstädterinnen und Darmstädter. Ihre umfassende Einbeziehung in das soziale, politische, kulturelle und wirtschaftliche Leben muss erreicht werden.

Die Beteiligung von unter 5 Prozent bei der Wahl des Ausländerbeirats im November 2015 zeigt, dass das Konzept, die nicht wahlberechtigten Gemeindeangehörigen mit einem relativ einflusslosen und von der Öffentlichkeit wenig beachteten Gremium abzuspeisen, gescheitert ist. Wir stellen fest, dass die Migrantinnen und Migranten sich nicht (mehr) mit einem Ersatz für echte Mitbestimmung in unserem Gemeinwesen zufrieden geben. Für DIE LINKE ist es ein zentrales Anliegen, dass alle dauerhaft in einer Gemeinde lebenden Menschen in die kommunalen Entscheidungsprozesse einbezogen werden. Wir wollen, dass ihnen das kommunale Wahlrecht gewährt wird. Auf einen entsprechenden Beschluss des Hessische Landtags ist hinzuwirken.

Wir wollen die Einführung eines kommunalen Petitionsrechts und die Möglichkeit von Bürgeranträgen, die für alle Darmstädterinnen und Darmstädter unabhängig von der Staatsangehörigkeit gelten sollen (siehe S. 44).

Wir fordern:

- Kommunales Wahlrecht für Migrantinnen und Migranten gleich welcher Herkunft
- Petitionsrecht und Einwohneranträge für alle Einwohnerinnen und Einwohner
- Unterstützung der sozialen und kulturellen Arbeit der Organisationen von Migrant/inn/en durch die Stadt

## **Freiheitsrechte sichern und öffentliche Räume erhalten**

Der wachsenden Empfindung von Unsicherheit vieler Menschen, die nicht zuletzt auch auf die Furcht vor Arbeitslosigkeit und sozialem Abstieg zurückzuführen ist, begegnet die Politik durch einen Ausbau des Sicherheits- und Überwachungsstaates. Spätestens seit der Verabschiedung des Großen Lauschangriffs, der sogenannten Anti-Terror-Gesetze und der Vorratsdatenspeicherung ist klar, dass sich nur DIE LINKE konsequent für Bürger- und Freiheitsrechte einsetzt und gegen deren stetigen und schleichenden Abbau Widerstand leistet. Auch in Darmstadt ist es notwendig, die Augen offen zu halten.

Die öffentliche Videoüberwachung von Straßen und Plätzen in Darmstadt wurde nach einer unpopulären und gescheiterten Initiative der SPD in den 90er Jahren erfreulicherweise nicht gezielt ausgebaut und nicht datentechnisch zentralisiert. Gleichwohl ist eine große Anzahl von Kameras privater und öffentlicher Unternehmen und Einrichtungen über die Stadt verteilt, die ein Potential für systematische Auswertung darstellen. Durch Videoüberwachung wird Kriminalität nicht verhindert, sondern allenfalls an andere Orte verlagert. Systematische Überwachung des öffentlichen Raums gibt dem Staat unverhältnismäßigen Einblick in das Leben der Bürgerinnen und Bürger und nimmt ihnen die Kontrolle über ihre Privatsphäre. Überwachung erzeugt Konformitätsdruck, denn die Menschen fühlen sich ständig beobachtet und passen ihr Verhalten an. Deshalb lehnen wir die Ausweitung und Systematisierung der Videoüberwachung im öffentlichen Raum ab.

„Gefahrenabwehrverordnungen“ regeln neben unstrittigen Dingen auch den Umgang mit öffentlichem Alkoholkonsum, Einschränkungen für das Leben von Obdachlosen sowie den Aufenthalt auffälliger Personengruppen in den Konsumzonen der Stadt. Darmstadt hat eine im Vergleich zu anderen Städten liberale Gefahrenabwehrverordnung und legt diese bislang auch so aus. Die 2014 beschlossene Überregulierung für Straßenmusikanten lehnen wir jedoch ab. Wir stehen zu einer zurückhaltenden Ordnungspolitik im öffentlichen Raum. Alle Menschen sollen sich auf ihre Weise entfallen können, solange dies Andere nicht bedroht oder schwerwiegend belästigt.

Seit den Enthüllungen des „Whistleblowers“ Edward Snowden ist die Weltöffentlichkeit detailliert über die Rolle des US-Geheimdiensts NSA bei der flächendeckenden Aufzeichnung der Internetkommunikation informiert. Es wurde auch bekannt, dass der Dagger Complex bei Griesheim, der sich innerhalb der Darmstädter Gemarkung befindet, dabei eine überaus wichtige Rolle spielt. Deshalb finden vor den Toren dieser symbolträchtigen Einrichtung regelmäßig Protestaktionen gegen die Ausspionierung der Bevölkerung statt. DIE LINKE beteiligt sich daran und unterstützt das Bündnis „Demokratie statt Überwachung“, das in Darmstadt Aufklärung zum Thema betreibt.

Wir fordern:

- Keine Ausweitung und Systematisierung der Videoüberwachung öffentlicher Räume, weder durch die Stadt noch durch Private
- Zurückhaltende Ordnungspolitik im öffentlichen Raum

## Gegen neue und alte Nazis

Auch in Südhessen führen Nazis immer wieder Demonstrationen durch und verbreiten fremdenfeindliche und faschistische Propaganda. 2015 wurde in Heppenheim sogar eine Flüchtlingsunterkunft in Brand gesetzt. Wir sehen es als eine wichtige Aufgabe kommunaler Politik, rechten Aktivitäten entschlossen entgegenzutreten und Initiativen und Bündnisse gegen Nazis und Rassisten zu entwickeln und zu stärken.

Wo faschistische und rassistische Organisationen auftreten, verteidigen wir in lokalen überparteilichen Bündnissen den öffentlichen Raum gegen ihre Bestrebungen. Das gilt auch für Organisationen mit einem anderen nationalen Bezug, z.B. für türkische rechtsradikale Organisationen. Wir setzen auf antifaschistische Aufklärungsarbeit. Vereine, Kultur- und Jugendinitiativen, die auf ein gleichberechtigtes Zusammenleben aller Menschen orientieren, müssen kommunal gefördert werden.

In Schulen und Jugendeinrichtungen machen sich verstärkt rechtsradikale und menschenfeindliche Einstellungen breit. Die offene Jugend- und Kulturarbeit mit Schwerpunkt auf antirassistischen und antifaschistischen Inhalten muss verstärkt werden. Die Stadt muss antifaschistische Arbeit systematisch unterstützen. Die Kommune ist der Ort, an dem Rechtsextremismus wirkungsvoll bekämpft werden kann!

Zur antifaschistischen Aufklärung gehört auch die Beschäftigung mit der Geschichte. In mehreren Anfragen, Initiativen und Anträgen an die Stadtverordnetenversammlung hat unsere Fraktion die Rolle des ehemaligen Reichskanzlers Paul von Hindenburg als Wegbereiter Hitlers zur Sprache gebracht. Durch die dadurch ausgelöste öffentliche Debatte und einen Antrag unserer Fraktion wurde im Herbst 2005 beschlossen, die Hindenburgstraße umzubenennen. Leider verschanzten sich die Verantwortlichen hinter einer Befragung der Bewohnerinnen und Bewohner dieser Straße und setzten die Umbenennung nicht um. 2013 bildete sich eine von vielen Gruppen und Organisationen getragene Initiative, um die Umbenennung wieder auf die Tagesordnung der Stadt zu setzen. Trotz viel positiver öffentlicher Resonanz ist die Koalition bis heute nicht darauf eingegangen. Wir bleiben dabei: Ein Militarist und Steigbügelhalter der Faschisten hat es nicht verdient, durch die Benennung einer Straße geehrt zu werden.

Die Stadt Darmstadt hat zurzeit etwa 70 Ehrengräber auf ihren Friedhöfen. Die Ausweisung als Ehrengrab erfolgt auf Grund der Anerkennung der Verdienste der Verstorbenen. Ein Historiker hatte im Auftrag der Stadt diese Ehrengräber erforscht und ist auf Erstaunliches gestoßen: In einigen Fällen wurde auch so manch braune Vergangenheit mit beerdigt. Die Linksfraktion und ihre Vorgänger haben sich daraufhin 12 Jahre lang mit Anträgen, Anfragen und öffentlichen Initiativen um eine Neubewertung der Gräber bemüht. 2015 legte der eigens dafür eingesetzte Fachbeirat endlich eine Dokumentation vor, die in sieben Fällen die Streichung von der Ehrenliste vorschlägt. Dies ist ein politischer Erfolg unserer Fraktion und aller Antifaschist/inn/en, die sich für die Neubewertung eingesetzt haben. Darüber hinaus wollen wir, dass für künftige Ehrungen Regelungen in die Friedhofssatzung aufgenommen werden, die die Zuerkennung von Ehrengräbern transparent gestalten und an das Votum der Stadtverordnetenversammlung binden.

Wir fordern:

- Verstärkung der offenen Jugend- und Kulturarbeit mit Schwerpunkt auf antirassistischen und antifaschistischen Inhalten
- Förderung von Aktivitäten gegen Neofaschismus und andere menschenverachtende Einstellungen z. B. durch Kulturveranstaltungen, Filmvorführungen oder Besuche von Gedenkstätten mit städtischen Mitteln
- Umbenennung der Hindenburgstraße
- Transparente Regelungen für die Zuerkennung von städtischen Ehrengräbern



## **Genug gekürzt – Kommunen sind systemrelevant!**

### **Nach der Krise ist vor der Krise**

„Den Gemeinden muss das Recht gewährleistet sein, alle Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft im Rahmen der Gesetze in eigener Verantwortung zu regeln“. So bestimmt es Artikel 28, Absatz 2 des Grundgesetzes. Die Realität sieht jedoch ganz anders aus. Fast alle Kommunen verzeichnen im Durchschnitt der letzten Jahrzehnte tiefrote Zahlen. Auch Darmstadt ist hiervon betroffen.

Seit 2012 hat sich die finanzielle Lage der meisten hessischen Kommunen entspannt. Dies liegt an der relativ guten wirtschaftlichen Entwicklung in Deutschland, die zu steigenden Steuereinnahmen führt. Der fragwürdige Erfolg des „Produktionsstandorts Deutschland“ wurde erreicht auf dem Rücken der Beschäftigten, die befristet und zu Niedriglöhnen arbeiten müssen, der Rentnerinnen und Rentner, die von ihrem Einkommen nicht leben können, oder der Erwerbslosen, die mit Hartz IV unter das Existenzminimum gedrückt werden. So konnte in weiten Teilen Europas die Wirtschaft niederkonkurriert werden. Diese äußeren und inneren Ungleichgewichte dürfen und werden nicht von Dauer sein.

Begünstigt von den wirtschaftlichen Rahmenbedingungen ist es vielen Kommunen in Hessen zunächst gelungen, mit einer Mischung aus Sozialkürzungen, Personalabbau, Schließung von Einrichtungen sowie Erhöhung von kommunalen Steuern und Gebühren ihre Haushalte mehr oder weniger auszugleichen. Die in den Zeiten der Wirtschaftskrise verhängte Haushaltssperre um 20% für Vereine wurde bis heute nicht aufgehoben. Doch ein Haushalt, der in guten Zeiten nur ausgeglichen ist, offenbart ein strukturelles Defizit. Ein Gemeinwesen, das sich sogar bei guter Wirtschaftslage einschränken muss, hat für Krisenzeiten keine Reserven. Die Konsolidierung der Kommunen ist auf Sand gebaut.

### **Die Steuerpolitik gefährdet die kommunale Selbstbestimmung**

In der öffentlichen Diskussion über die Kommunalfinanzen wird oft den „explodierenden“ Ausgaben die Schuld gegeben. Auf den ersten Blick scheinen Projekte wie das am Bedarf vorbei gebaute Kongresszentrum diese Sichtweise zu bestätigen. Doch die Hauptursache der Misere liegt nicht auf der Ausgabenseite. Im Gegenteil: Von 1994 bis 2008 sanken die Ausgaben der hessischen Kommunen von 7,5% auf 6,5% des hessischen Bruttoinlandsprodukts, um dann wieder auf 7% anzusteigen. Seit 2001 liegen die ebenfalls sinkenden Einnahmen (mit Ausnahme der Jahre 2006-2008) deutlich unter den Ausgaben.

Für viele Menschen ist schmerzhaft spürbar, dass die Kommunen bei wichtigen Leistungen in den Bereichen Soziales, Kultur, Schulbausanierung, Instandhaltung der Straßen usw. erheblich gekürzt haben. Der Personalstand wird Jahr für Jahr verringert. Trotzdem nimmt die Verschuldung weiter zu. Besonders dramatisch ist das rasante Wachstum der eigentlich für kurzfristige Finanzierungslücken vorgesehenen Kassenkredite. Diese haben sich hessenweit in den vergangenen zehn Jahren von gut zwei Milliarden Euro (353 Euro pro Einwohner/in) im Jahr 2004 auf etwa 6,4 Milliarden Euro (1.050 Euro) Ende 2014 verdreifacht. In Darmstadt wuchs dieser Betrag von rund 65 Mio Euro um das Vierfache auf 270 Mio Euro an. Insgesamt hat Darmstadt im Kernhaushalt (ohne Eigenbetriebe) einen Schuldenstand von 540 Mio Euro.

Schuld an den hohen Schulden sind die verringerten Einnahmen in Folge der Steuerpolitik der verschiedenen Bundes- und Landesregierungen. Laut einer Studie des DGB Hessen hätten die hessischen Kommunen ohne die seit 1998 verabschiedeten Steuerreformen jedes Jahr 1,1 Milliarden Euro mehr in den Kassen gehabt. Den größten Anteil an den Verschlechterungen hat die rot-grüne Bundesregierung durch die Senkung des Einkommensteuer-Spitzensatzes von 53% auf 42% und die Reform der Körperschaftssteuer zum Vorteil der Unternehmen. 2011 hat die hessische Landesregierung dann den Kommunen über die Kürzung des Kommunalen Finanzausgleichs weitere 344 Mio Euro weggenommen.

Zwischen 1950 und 1989 sind Darmstadts Steuereinnahmen im Gleichschritt mit dem Bruttoinlandsprodukt (BIP) gewachsen. 1990 wurden die Einnahmen vom Wirtschaftswachstum abgekoppelt und blieben preisbereinigt ungefähr gleich. Wir haben errechnet, dass Darmstadt von 1990 bis heute gut eine Milliarde Euro mehr zur Verfügung gehabt hätte, wenn die Einnahmen in diesem Zeitraum weiter proportional mit dem BIP gestiegen wären. Das ist mehr als der Schuldenstand der Stadt und der Investitionsstau von geschätzten 300 Mio Euro zusammen. Ohne die Steuerreformen der letzten 20 Jahre wäre Darmstadt mit sanierten Schulen und schlaglochfreien Straßen schuldenfrei!

Hinzu kommt, dass den Kommunen die finanzielle Belastung durch die steigende Zahl der Empfänger/innen von Sozialleistungen nach SGB II (Hartz IV) und SGB XII (Grundsicherung) aufgebürdet wurde. 50 Mio zahlt die Stadt laut Haushaltsplanung 2015 hierfür aus der eigenen Kasse. Dies entspricht einem Sechstel der städtischen Steuereinnahmen von 300 Mio Euro. Auch bei der Unterbringung von Geflüchteten werden die Ausgaben in Höhe von 500.000 Euro durch Zuwendungen von 180.000 Euro nur zum kleinen Teil kompensiert. Nach der Massenfluchtbewegung dieses Jahres wird der Fehlbetrag für die Stadt noch deutlich steigen. Der zweite Grund für die Finanzmisere der Kommunen ist also – neben den Steuerreformen – die Verletzung des Konnexitätsprinzips („Wer bestellt, muss zahlen“) durch den Bund.

Die Aufnahme der „Schuldenbremse“ in die hessische Verfassung haben wir abgelehnt und uns an der Gegenkampagne beteiligt. Dieses antidemokratische Instrument ist dazu vorgesehen, weitere Sozialkürzungen zu legitimieren und wird sich spätestens bei der nächsten Krise als Investitionsbremse bzw. Privatisierungsbeschleuniger auswirken. Ähnlich verhält es sich beim „kommunalen Schutzschirm“. Durch diesen konnte die Stadt 186 Mio Euro Schulden an das Land abtreten und dadurch ca. 9 Mio Euro jährlich einsparen. Dafür musste sie sich zu Kürzungsmaßnahmen verpflichten, z.B. zur Schließung von Stadtteilbibliotheken und Meldestellen, zur Verringerung der Zuschüsse für Sportvereine und nicht zuletzt zu Personalabbau. Auch die Erhebung von Parkgebühren und die Erhöhung der Grundsteuer wurden vertraglich mit der Landesregierung vereinbart. Durch die Entscheidung, dem „Schutzschirm“ beizutreten, wurde ein weiteres Stück Entscheidungsfreiheit der Stadtverordnetenversammlung verkauft.

Ein hoher Schuldenstand könnte durch eine stärkere Besteuerung großer Vermögen und Kapitaleinkünfte relativ schnell getilgt werden, ohne bei Sozialleistungen, Kultur und anderen Freiwilligen Leistungen der Kommunen zu kürzen. Es wäre verantwortungslos, stattdessen der nächsten Generation unzureichende Bildung, heruntergekommene öffentliche Einrichtungen und marode Straßen zu hinterlassen.

Geld ist genug da: den 2.100 Milliarden Euro Schulden von Bund, Ländern und Kommunen stehen 5.200 Milliarden Euro private Geldvermögen gegenüber. Auch in der Wirtschaftskrise sind diese Vermögen weiter angestiegen, und sie wachsen schneller als die öffentlichen Schulden. Dieses Missverhältnis muss durch sozial gerechte Steuerreformen beseitigt werden. DIE LINKE fordert die Wiedereinführung der Vermögenssteuer, eine Millionärssteuer, die Erhöhung des Spitzensteuersatzes auf den Stand der neunziger Jahre und die Besteuerung von großen Erbschaften, Kapitaleinkünften und Spekulationsgewinnen.

Um die Einnahmen aus den kommunalen Steuern wieder zu verbessern, will DIE LINKE auf Bundesebene die Gewerbesteuer zu einer Gemeindefinanzsteuer weiter entwickeln, die, mit einem entsprechenden Freibetrag, auch Freiberufler/innen einbezieht. Grundlage der Besteuerung soll die Wertschöpfung in der Kommune bilden, damit nicht Gewinne an einem Ort mit Verlusten an einer anderen Produktionsstätte verrechnet werden können. Für die Hebesätze dieser Steuer soll ein enger Korridor festgelegt werden, damit die unselige Konkurrenz der Kommunen um niedrige Steuersätze abgeschwächt wird.

Die Kommunalpolitikerinnen und -politiker der verschiedenen Parteien beklagen sich gerne darüber, dass die „große Politik“ die Kommunen finanziell austrocknet. Doch es sind ihre Parteien, und oft genug auch die von den Parteigliederungen vor Ort aufgestellten Wahlkreisabgeordneten, die diese Politik im Bundestag und Landtag zu verantworten haben. Diese Falschspielerei kritisieren wir und erwarten von der Bundes- und Landespolitik:

- Sozial gerechte Steuerreformen zur Erhöhung der kommunalen Steuereinnahmen
- Weiterentwicklung der Gewerbesteuer zur Gemeindefinanzsteuer
- Wiederherstellung des kommunalen Selbstbestimmungsrechts durch Außerkraftsetzung der Schuldenbremse und Aufhebung der Schutzschirm-Regelungen
- Entschuldungsfonds für verschuldete Kommunen ohne Eingriffe in ihre Autonomie

## **Gewerbesteuer erhöhen und Haushalt sozialer gestalten!**

Wir wissen: Ohne eine vernünftige Gemeindefinanzreform und ohne die Übernahme eines größeren Anteils der steigenden Sozialkosten durch den Bund werden die Spielräume für die Kommunalpolitik sehr eng bleiben. Die Stadt wird nicht alles finanzieren können, was notwendig und wünschenswert ist. Dennoch ist es möglich, die Prioritäten des Darmstädter Haushalts zu Gunsten der sozial Benachteiligten, guter Bildung für alle Kinder, der Förderung von Kultur und Sport, einer nachhaltigen Verkehrsinfrastruktur und der Aufrechterhaltung der öffentlichen Dienstleistungen zu verschieben. Grundsätzlich stellen wir fest:

- DIE LINKE wird keinen Haushalt unterstützen, der Beschäftigungsabbau bei der Stadt beinhaltet.
- DIE LINKE wird keine Kürzungen von Freiwilligen Leistungen im sozialen Bereich, bei freien Kulturträgern und bei der Bildung mittragen.

Die wichtigste Einnahmequelle der Stadt ist die Gewerbesteuer. Darmstadt hat unter den fünf hessischen Großstädten den niedrigsten Hebesatz. Unsere Fraktion hat schon mehrfach beantragt, diesen moderat von 425% auf 450% anzuheben, was etwa 10,5 Mio Euro zusätzliche Einnahmen erbringen würde. Bagatellsteuern wie die Hundesteuer wollen wir nicht erhöhen. Die Zweitwohnungssteuer wollen wir wieder abschaffen, da hauptsächlich Studierende davon betroffen sind.

Es ist bezeichnend für die grün-schwarze Haushaltspolitik, dass die Koalition nur die von allen Bürgerinnen und Bürgern gleichermaßen zu zahlende Grundsteuer erhöht hat, die Gewerbesteuer aber unangetastet ließ. Dadurch nimmt die Stadt etwa 5 Mio Euro zusätzlich ein. Wir wollen, dass die Hälfte dieser Zusatzeinnahmen an sozial Benachteiligte zurückfließen: 2,5 Mio Euro sollen zusätzlich ausgegeben werden für die Einführung eines Sozialtickets (siehe S. 5), für kostenloses Essen in Kitas und Horten sowie für den sozialen Wohnungsbau.

Unsere Fraktion hat von Anfang an den Bau des Kongresszentrums kritisiert. Der Kreisverband hat sich an der erfolgreichen Kampagne gegen den Bau der Nordostumgehung beteiligt. Wir werden uns auch weiterhin gegen teure Prestigeprojekte und überdimensionierte Investitions-

vorhaben wenden. So bezweifeln wir, dass der Neubau eines zentralen Rathauses sich tatsächlich rentiert, wie es die Koalition behauptet. Leider kann die Opposition dies kaum überprüfen, da es den Planungen an Transparenz mangelt.

Wir fordern:

- Keine teuren Prestigeprojekte und überdimensionierte Investitionsvorhaben
- Verzicht auf den Rathausneubau
- Schaffung von Einnahmen in Höhe von 10 Mio Euro durch Anhebung des Hebesatzes der Gewerbesteuer auf das Niveau anderer hessischer Großstädte.
- Verwendung der Hälfte des Mehrertrags der Grundsteuererhöhung in Höhe von 2,5 Mio Euro im Interesse der sozial Benachteiligten